

## **Grenzfriedensbund**

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann  
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse  
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00) Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ  
200 100 20)

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Manfred Jessen-Klingenberg</i> „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen“.....	164
<i>Matthias Scharl</i> „Bürger heraus!“ .....	176
<i>Jürgen Ostwald</i> Von Eckersberg bis Nolde.....	206
<i>Hans-Joachim Schlehofer</i> Friedenserziehung mit den Methoden und Inhalten der Erlebnispädagogik.....	211
Umschau ab Seite 217	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.  
Sie erscheinen vierteljährlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 6,- DM.  
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:  
Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg  
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg  
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

# „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen“

Vorrede zum Forschungsprogramm des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG)

von *MANFRED JESSEN-KLINGENBERG*

Zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte: Entwicklung - Ergebnisse - Motive

„Wo ist unsere schleswig-holsteinische Landesgeschichtsforschung gegenwarts- und zukunftsbezogen? Wo bemüht man sich um die geschichtlichen Ursachen für die gegenwärtige politisch-psychologische Situation im Lande? Wo ist die Forschung über Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein?“ Diese Fragen, die zugleich als Feststellungen und Forderungen aufzufassen sind, entstammen nicht etwa einer jüngeren Publikation des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein (AKENS) oder des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein; sie wurden vielmehr schon vor fast dreißig Jahren formuliert, und zwar von Dr. Johannes Jensen in der Zeitschrift „Nordfriesland“ 1966. Wie viele damals den Aufsatz von Jensen „Im Kleinen und Geringfügigen bekommen die großen Dinge ihren Leib. Regionalforschung oder Heimatkunde?“ gelesen und bedacht haben, läßt sich schwer abschätzen. Indessen haben nur wenige in Wort und Schrift reagiert, und beherzigt wurden die wohlbegründeten Forderungen Jensens zunächst allenfalls sporadisch.

Die Frage, weshalb eine gründliche, breit angelegte und gegenwartsbezogene Erforschung der Zeitgeschichte Schleswig-Holsteins so lange, ja allzu lange hintangesetzt wurde, kann, wie die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Marianne Tidick, bei der offiziellen Eröffnung des IZRG sagte, „nicht allein mit den Feststellungen beantwortet werden,

- daß Schleswig-Holstein 1933 eine Hochburg des Nationalsozialismus war
- daß Schleswig-Holstein Zufluchtsort der letzten Reichsregierung und vieler Dienststellen war
- daß es mit 44,5 Prozent den höchsten Flüchtlingsanteil aller Länder hatte
- daß der öffentliche Dienst 50 Prozent von Personen des öffentlichen Dienstes aus der NS-Zeit übernommen hat, obwohl das Ausführungsgesetz zum Art. 131 des Grundgesetzes nur eine Quote von etwa 20 Prozent vorsah!“

Zur Beantwortung der Frage nach den Versäumnissen der Zeitgeschichtsforschung bedarf es einer sorgfältigen Analyse der politisch-psychologischen Be-

findlichkeit hierzulande in den Jahrzehnten nach 1945. Sie kann und soll hier nicht einmal versuchsweise unternommen werden. Einige Bemerkungen zur allgemeinen Situation der Landesgeschichte mögen allerdings erlaubt sein. Obwohl die Landeshistoriker in den fünfziger und sechziger Jahren beachtliche Leistungen vorzuweisen hatten, galt in weiten Kreisen, nicht zuletzt bei Studenten, die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Landesgeschichte als antiquiert. In der Zeit der sich bildenden politischen und wirtschaftlichen Großräume, der immer deutlicher werdenden globalen Interdependenzen schien die Geschichte einer kleinen Region wenig für die Gegenwarts- und gar nichts für die Zukunftsorientierung zu bieten. Überdies wurde die landesgeschichtliche Wissenschaft hin und wieder leichthin mit einer „Heimatgeschichte“ gleichgesetzt, die in der Tat lange Zeit dazu beigetragen hat, der geistigen Flucht aus der Gegenwart in eine angeblich harmonische und wohlgefügte Vergangenheit den Weg zu ebnen, und zwar mit verhängnisvollen politischen Konsequenzen. Im Laufe der siebziger Jahre wich die Skepsis gegenüber der Landesgeschichte einem breitgestreuten, anhaltenden Interesse. Es entsprang einer allgemeinen geistig-politischen Neuorientierung, der Abkehr von der Integrationseuphorie und der Hinwendung zu den kleineren Räumen, den historisch gewachsenen Regionen und ihren Untergliederungen. Politisch machte sich die neue Grundhaltung im Regionalismus zunächst der westeuropäischen Länder (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Spanien, Italien) bemerkbar. Wahrung oder Wiederengewinnung der Identität - ein Schlüsselbegriff für das neue Selbstverständnis - wurde das allen Regionalismen gemeinsame Programm. Die Frage nach der Identität aber ist zugleich die Frage nach dem Woher, also nach der Geschichte der kulturell, sozial und politisch eigengeprägten Region und, wie sich bald zeigte, ihrer Landschaften, Städte, Stadtteile und Dörfer. Die Hinwendung zur kleinen Einheit, zum identitätsstiftenden Milieu, hat sich rasch verbreitet und zugleich intensiviert - auch hierzulande. Ablesbar wurde dies an dem verstärkten Zulauf zu den bestehenden historischen Vereinen, an der Neugründung von Geschichtsvereinen, historischen Arbeitsgemeinschaften und Werkstätten sowie nicht zuletzt an der Vielzahl landes- und lokalgeschichtlicher Publikationen. Das zunehmende und nunmehr von alten Vorurteilen und Hemmnissen freie Interesse an der Landesgeschichte ist zugleich, wenn auch gewiß nicht allein, der Erforschung des Nationalsozialismus förderlich gewesen. Es waren vor allem jüngere Laienforscher und Akademiker, die sich seit Anfang der achtziger Jahre zu neuen Vereinigungen zusammenschlossen - für Schleswig-Holstein sind in erster Linie der AKENS und der Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie zu nennen -, Vereinigungen, die kritisch und engagiert zugleich neue Quellen erschlossen sowie in einer beachtlichen Anzahl

von Untersuchungen Methoden und Auswirkungen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft analysierten und darstellten. Institutionen des Schreckens, deren Existenz längst „vergessen und verdrängt“, jedenfalls in der Allgemeinheit kaum noch bekannt war, wurden ins Bewußtsein gehoben, so die Konzentrationslager Kaltenkirchen, Rickling, Eutin, Husum-Schwesing, Ladelund, um nur einige zu nennen, oder das „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Russee sowie die nationalsozialistischen Sondergerichte. Weitere Beispiele zu nennen, würde wahrlich keine Mühe kosten.

Dem Historiker, der die Landesgeschichte in einem Überblick darzustellen und vordem große Schwierigkeiten hatte. Konkretes und Genaueres über die Zeit von etwa 1928 bis 1945 zu berichten, vermochten die zahlreichen zeitgeschichtlichen Einzelveröffentlichungen der achtziger und der ersten neunziger Jahre nunmehr viel zu bieten. Mehr und mehr wurde es zur unabweisbaren Gewißheit, daß die totalitäre Herrschaft des nationalsozialistischen Staates und der Hitler-Partei *doch* ein spezifisches Ereignis der schleswig-holsteinischen Geschichte war, daß „der eigentliche Schrecken“ keineswegs nur „im Verborgenen oder weit entfernt“ stattfand, wie es in einer 1989 erschienenen Handreichung für die Geschichtslehrer noch zu lesen ist.

Es war zunächst und auch weiterhin der genannte Kreis der jüngeren Historiker, der mit tatkräftiger und wegweisender Unterstützung von Kurt Hamer die Forderung erhob, ein Institut für die Erforschung der schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte zu errichten. Landtag und Landesregierung haben dann, nach vorangegangenen, im wesentlichen einvernehmlichen Debatten, die Idee in die Tat umgesetzt. Freilich verlief die allgemeine Diskussion über die Versäumnisse und die Desiderate der zeitgeschichtlichen Forschung hierzulande, über deren Ursachen und Ausmaß sowie über die Berechtigung einer solchen Institutsgründung nicht ohne Leidenschaften, Übertreibungen und ungeprüfte Vorwürfe, die auf beiden Seiten, bei den Gegnern und bei den Befürwortern des Instituts, zu bemerken, zu hören und zu lesen waren. Den Verlauf dieser Diskussion hier auch nur zu skizzieren, ist in diesem Zusammenhang nicht notwendig und erst recht nicht ergiebig. Sie ist, auch wenn einige sich anstrengen, sie mit längst bekannten Formeln und Phrasen fortzuführen, fast schon zu einem Kapitel der regionalen Zeitgeschichte geworden, das der kritischen Untersuchung harret.

Fragen wir stattdessen nach den Motiven und Zielsetzungen der Initiatoren dieses Instituts, die-im vorigen Jahrzehnt gewiß, heute nicht mehr ganz - überwiegend der jungen Generation zuzurechnen sind: Es ging und geht darum, den keineswegs geradlinigen und streckenweise abschüssigen Weg der schleswig-holsteinischen Geschichte in diesem Jahrhundert nachzuzeichnen bis in die Gegenwart und dabei das besondere Augenmerk auf die dunklen und verdun-

kelten Abschnitte zu richten, damit wir zunächst einmal unseren heutigen Standort ausmachen können. Konkreter: Was waren die historisch-politischen, sozialen und mentalitätsbezogenen Ursachen dafür, daß die Schleswig-Holsteiner sich in so starkem Maße und so früh dem Nationalsozialismus zuwandten? Welche Auswirkungen hatte die nationalsozialistische Herrschaft hierzulande? Wer waren die Täter und wer andererseits die Opfer? Warum handelten sie so und nicht anders? Damit ist zugleich gefragt nach den gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die den Aufstieg der Nationalsozialisten begünstigten sowie nach den besonderen Lebensbedingungen unter einer totalitären Herrschaft.

Eine weitere Frage, die unüberhörbar gestellt wurde und wird, ist die nach der Fortwirkung nationalsozialistischer Haltungen und Handlungsweisen, nach strukturellen, mentalitätsbedingten und personalen Kontinuitäten über das Jahr 1945 hinaus. Damit ist wiederum die Frage verknüpft, wie man sich in Schleswig-Holstein zu den „dunklen Abschnitten“ verhalten hat.

Welchen Ertrag, um es ganz schlicht zu formulieren, soll die intellektuell-wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte für unsere Gegenwart und Zukunft abwerfen? Sie soll nicht zuletzt dazu beitragen, daß die Handlungsmotive und die Leiden der Verfolgten, Verschleppten, Gequälten und der Ermordeten der Vergessenheit entrissen und daß den Opfern des nationalsozialistischen Terrors endlich die Gerechtigkeit, die Solidarität und Sympathie zuteil wird, auf die sie Anspruch haben. Mit anderen Worten: Ihr Handeln und Leiden soll in unser historisch-politisches Bewußtsein gehoben werden; denn es gilt, unsere Gesellschaft immun zu machen gegen Verfolgung von Andersdenkenden, von Angehörigen anderer Völker und von Minderheiten überhaupt. Mit der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsforschung wird die Erwartung verbunden, daß sie aufklärend wirkt, die „aktive Aneignung humaner und demokratischer Werte“ - so ist es bei Uwe Danker zu lesen - fördert und somit ihren Beitrag leistet für die Aufrechterhaltung einer Gesellschaft, in der die Menschen- und Bürgerrechte gelebt und in der Gegensätze und Konflikte auf friedlichem Wege beigelegt werden. - Dies sei in aller Kürze zu den Motiven und Zielsetzungen gesagt, wie sie sich mir nach der Lektüre der einschlägigen Stellungnahmen und Aufsätze ergeben.

Wie aber sind sie zu charakterisieren? Es handelt sich um eine auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtete, politisch-moralisch engagierte Forschungs- und Vermittlungstätigkeit, die hier angestrebt wird. Das Wort „engagiert“ hat indessen zu groben Mißverständnissen Anlaß gegeben, als ob diejenigen, die diesem Institut nahestehen oder hier arbeiten, danach trachteten, die Auffassungen einer politischen Partei zu bestätigen und parteipolitische Indoktrination zu betreiben. Dazu sei folgendes gesagt: Das Engagement des Historikers drückt sich

aus in seiner Fragestellung. Er ist dann engagiert, wenn er prüft, ob die Geschichte helfen kann, Antworten auf drängende Fragen der Gegenwart und der Zukunft zu erhalten. Dazu bedarf es freilich der nüchternen, nach wissenschaftlichen Methoden und Grundsätzen sich vollziehenden Forschungsarbeit, deren Ergebnis selbstverständlich offen ist. Engagement kann und darf durchaus auch in der Darstellung zum Ausdruck gebracht werden, sofern sie sich auf gesicherte Ergebnisse stützt und also wahrhaftig ist. Alle große Geschichtsschreibung über Niebuhr, Ranke, Mommsen, Meinecke zu Ritter, Rothfels, Erdmann oder Wehler war und ist in diesem Sinne engagierte Geschichtsschreibung, ist gegenwarts- und zukunftsorientiert.

Die älteren Liberalen: staatsbürgerlich engagierte Historiker

Es sei nunmehr gefragt, ob es in der Abfolge der bisherigen landesgeschichtlichen Forschungen einen Ort gibt, an den das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte in seiner Arbeit und möglicherweise auch mit seinem Selbstverständnis anknüpfen könnte. Eine umfassende Untersuchung dieser Frage würde vielleicht mehrere Stationen auf dem langen Weg der Forschung vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in unsere Tage zu bieten haben. Aber am meisten überzeugend, so scheint es mir, läßt sich die in Schleswig begonnene und weiterzuführende Arbeit in Beziehung setzen zu denjenigen Historikern, die in unserem Land die moderne wissenschaftliche Geschichtsforschung und -darstellung begründet haben:

- Nicolaus Falck (1784-1850), Professor für Deutsches und Schleswig-Holsteinisches Recht an der Universität Kiel, Mitglied und zeitweise Präsident der Ständeversammlungen in Schleswig und Itzehoe, Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung 1848-49, Mitbegründer der Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte,
- Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860), Professor der Geschichte in Kiel, seit 1829 in Göttingen, einer der „Göttinger Sieben“ Professoren, die, nachdem sie gegen den Verfassungsbruch in Hannover protestiert hatten, entlassen wurden; Abgeordneter in der deutschen Nationalversammlung 1848-1849,
- Andreas Ludwig Jacob Michelsen (1801-1881), Schüler und seit 1829 Nachfolger Dahlmanns an der Kieler Universität, seit 1842 in Jena, Abgeordneter des ersten schleswigschen Bezirks in der deutschen Nationalversammlung 1848- 1849.

Alle drei sind den historisch Interessierten vor allem deswegen bekannt, weil sie traditionell als „Verfechter der schleswig-holsteinischen Landesrechte“ während der deutsch-dänischen Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert genannt und

gepriesen werden. Aber damit sind ihre Wirksamkeit und Bedeutung nur zum Teil gekennzeichnet.

Von welchen Motiven ließen sie sich bei ihrer Forschungstätigkeit leiten? Ihr Streben galt zuvörderst, um es kurz zu sagen, der Errichtung eines liberalen, also eines von Bürgern in verantwortlicher Freiheit getragenen Verfassungsstaates. Dabei suchten sie einen anderen Weg als den, den die Nordamerikaner und vor allem die Franzosen im ausgehenden 18. Jahrhundert beschritten hatten. Die Französische Revolution hatte ja mit der Schreckensherrschaft der Jacobiner, dem Terreur, und schließlich mit der Herrschaft Napoleons geendet. Manche wissen sicherlich, daß Dahlmann mit seiner berühmten Waterloo-Rede, die er am 7. Juli 1815 in der Kieler Universität hielt, den Sieg über Napoleon als Ausgangspunkt eines einigen und freiheitlich verfaßten Deutschlands feierte.

Die „älteren Liberalen“, so nennen wir die genannten Historiker, wünschten keine, wie sie sagten, „künstliche“, auf theoretischen Prinzipien gegründete Verfassung. Sie sei, wie es sich in Frankreich gezeigt habe, nicht von Dauer und führe schließlich nur zu noch größerer Unfreiheit. Die älteren Liberalen hielten es dagegen für richtig und fortschrittlich, die in der Geschichte gewachsenen und im Absolutismus verkümmerten Verfassungseinrichtungen und Freiheitsrechte ausfindig zu machen, zu analysieren und zu beschreiben, um sie dann in modernisierter Form als Bausteine eines freiheitlichen Verfassungsstaates zu nutzen. Die Volksvertretung in einem Verfassungsstaat, schrieb Dahlmann, dürfe „keine aus der Luft gegriffene“ sein, sondern müsse „auf historischem Grund ruhen“. Das steht in seinem vielbeachteten Aufsatz „Ein Wort über Verfassung“ in den „Kieler Blättern“, einer Zeitschrift, die Dahlmann und Falck mit anderen begründet hatten und deren Ziel es sein sollte, die absolutistische Herrschaft in Frage zu stellen und dem Verfassungsstaat den Weg zu ebnen.

Sechzehn Jahre später hielt Michelsen jüngeren Liberalen entgegen: „Wer auf historischem Grund und Boden fußt, läuft am wenigsten Gefahr, sich in eine luftige Idealpolitik zu verirren und zu verlieren. Eine aus idealen Prinzipien abgeleitete Staatsverfassung ist leicht eine aus der Luft gegriffene. Einige möchten uns zwar zurufen: (Ihr) seid Spießbürger, keine Staatsbürger! Allein ihre Rede, aus dem vorigen, nicht aus dem gegenwärtigen Jahrhundert zu uns herübertönend, bleibt ein Ruf in die Wüste. Eine einfache, praktische Politik, beseelt durch feste staatsbürgerliche Überzeugung, durch wahren vaterländischen Gemeinsinn, erleuchtet durch gediegene historische Einsichten, wie durch gründliche statistische Kenntnisse, führt am sichersten zu dem rechten Ziel.“ Es wird deutlich, daß Geschichtsforschung nicht als ein antiquarisches Geschäft verstanden wird, sondern als eine der Allgemeinheit dienliche, auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtete Tätigkeit.

Während sich Dahlmann, wie bei Reimer Hansen zu lesen ist, zeit seines Wirkens „als Politiker für eine historisch fundierte Politik engagiert hat“, hat er sich stets „als Historiker für eine politisch-gegenwartsorientierte Geschichte“ eingesetzt. In einer von ihm ausgearbeiteten „Preisaufgabe“ forderte er 1823 zu einer Darstellung der schleswig-holsteinischen Geschichte der letzten dreihundert Jahre auf. Über die bis dahin nur verfügbaren Handbücher aus dem 18. Jahrhundert urteilte er: „Jene weitläufigen Werke von dauerndem Werte geben dem beschäftigten Manne viel zu viel, und bleiben doch um ein Jahrhundert hinter den Lebenden zurück, die doch gewiß ein Recht haben, von den geschichtlichen Bemühungen eine unmittelbare Ausbeute für das Leben zu erwarten.“ Und weiter heißt es: „Andere wissenschaftliche Betriebe mögen den Menschen lehren, sich außerhalb der Zeit zu stellen, allein die Geschichtsschreibung, welche nicht stark in die Gegenwart dringt, wird in Phantasterei oder wüstem Sammlerfleiß ersterben.“ Um auch an dieser Stelle möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, sei hinzugefügt: Es lag nicht im entferntesten in Dahlmanns Absicht, die Geschichte für die zeitbedingten politischen Interessen einer Gruppe zu mißbrauchen. Eben davor warnte er ausdrücklich: „Die Beredsamkeit, welche gewandte Schriftsteller in Bearbeitung der Geschichte zur Erreichung von Partezwecken aufbieten, bleibe der Geradheit unserer Schleswig-Holsteiner fern. Dasselbe Schwert, mit dem du heute verwundest, kann dich morgen töten. Die Geschichte ist etwas Höheres als eine Beispielsammlung zum beliebigen Gebrauche Für und Wider. Ein Geschichtswerk kann und muß nichts unmittelbar erreichen wollen; glücklich, wenn es aufklärt, beschämt, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringt.“ Aus dem Gesagten mag schon hervorgehen, daß Dahlmann - ebenso wie Falck und Michelsen - sich nicht damit begnügen mochte, seine Forschungsergebnisse in Monographien und Aufsätzen zu veröffentlichen, die sich nur oder in erster Linie an die Fachkollegen richteten. Geschichtliches Wissen, geschichtliche Bildung sollten vielmehr dazu beitragen, die „Untertanen“ des ja noch absolutistisch regierten Staates zu „Staatsbürgern“ zu machen.

Diese Zielsetzung der älteren Liberalen schien lange Zeit vergessen oder sogar verdrängt zu sein. Johannes Jensen hat auf sie in seiner Dissertation und dann in dem eingangs genannten Aufsatz zuerst wieder hingewiesen, und es ist wohl kein Zufall, daß dann etwa zwanzig Jahre später ein Historiker, der zugleich Pädagoge und handelnder Politiker ist, wieder auf die Überlegungen und Bestrebungen Nicolaus Falcks aufmerksam gemacht hat, seine Mitbürger zu Staatsbürgern zu erziehen: nämlich Peter Bendixen in seinem Aufsatz „Nicolaus Falck und die staatsbürgerliche Erziehung“, erschienen 1985.

Besonders Falck und Michelsen waren der Überzeugung, daß staatsbürgerliche

Gesinnung am ehesten in der Gemeinde, der dörflichen und der regionalen, zu beleben und zu entwickeln sei. Sie sahen in den noch bestehenden vielfältigen Kommunalverfassungen Schleswig-Holsteins die unentbehrlichen Fundamente eines künftigen Verfassungsstaates. Vor allem um diese „nach ihrem dermaligen Bestände wie nach ihren Wirkungen auf das Gemeindewesen“ zu untersuchen und zu beschreiben, damit sie wiederum „zu einem recht tüchtigen und wirksamen Element des Staates erhoben werden“ könnten, begründete Falck 1821 die Zeitschrift mit dem programmatischen Titel „Staatsbürgerliches Magazin“. Im Vorwort zum ersten Band schrieb Falck: „Es kommt vor allen Dingen darauf an, die Gemeindeverfassungen von den Mängeln zu befreien, die vielfältig den guten Erfolg hemmen ... Aber es sollten billig die Mißbräuche und nicht die Verfassungen abgeschafft werden. Diese sind keine künstlichen Einigungen, von politischen Weisen erfunden, sondern ein Werk der Natur, die die Menschen durch eine unwiderstehliche Anziehungskraft in größere und kleinere Genossenschaften zusammengeführt und aus solchen Einigungen das organisierte Gebäude des Staates gebildet hat.“

Als nach der Julirevolution 1830 und dem Auftreten Uwe Jens Lornsens im selben Jahr beratende Provinzialstände für die Herzogtümer und das Königreich zugesagt worden waren und damit ein Schritt vom absoluten Untertanenstaat zum freiheitlichen Verfassungsstaat getan zu sein schien, ließ Falck seine Ende der zwanziger Jahre eingestellte Zeitschrift 1833 unter dem Titel „Neues Staatsbürgerliches Magazin“ wieder aufleben. Im Vorwort lesen wir folgende Sätze, die - wie Johannes Jensen zu Recht urteilte - „als gegenwarts- und zukunfts-trächtige Aufgabenstellung für eine regionale Geschichtsforschung“ so aktuell sind wie vor nunmehr gut 160 Jahren:

„Zuvörderst ist nun darauf abgesehen, die Kenntnis des Vaterlandes in allen seinen Beziehungen und der wichtigsten vaterländischen Angelegenheiten, die Kenntnis des Zustandes unserer heimischen Lande in der Gegenwart, wie nicht minder der wechselnden Zustände, durch welche Volk und Land im Laufe der Jahrhunderte hindurchgegangen sind, das heißt aller Elemente, aus welcher die Gegenwart sich entwickelt hat, möglichst zu befördern, zu vervollständigen, zu berichtigen und vor allen Dingen immer allgemeiner zu verbreiten ... Demnächst sollte es auch die Aufgabe sein, über vaterländische Angelegenheiten ein gesundes, begründetes und richtiges Urteil, eine gerechte Würdigung unserer Zustände, namentlich des Zustandes in der Gegenwart vorzubereiten, eine Würdigung, bei der die Mängel und Gebrechen keineswegs verschleiert und beschönigt werden dürfen, in welcher aber auch das Gute und Gelungene mit freudiger Dankbarkeit muß anerkannt werden. Gewissermaßen lassen sich bei Mitteilungen über geschichtliche Materien und über die Landeskunde beide

Zwecke und Gesichtspunkte gar nicht voneinander trennen. Denn um das bloße Faktum an und für sich und ohne seine höhere Bedeutung ist es niemandem zu tun. Aus der Vergegenwärtigung vergangener Zeiten soll sich das entschiedene Urteil über Recht und über Ungerechtigkeit, über das Verdienst und die Verschuldung der Handelnden ergeben.“

Nicht minder aktuell ist ein Satz, den Falck neun Jahre später an anderer Stelle noch einmal wiederholt hat: „Unkunde der vergangenen Zeiten, Irrtum über ihre Zustände und Einrichtungen sind reiche Quellen von Mißverständnissen und verkehrten Urteilen, die auch in Angelegenheiten der Gegenwart ihren verderblichen Einfluß äußern.“

Die Historiker, und also auch die am Schleswiger Institut tätigen, täten gut daran, gelegentlich die Werke der älteren Liberalen zur Hand zu nehmen, nicht, um deren Gedanken kritiklos zu übernehmen, sondern um sich beim stets notwendigen Nachdenken über die Voraussetzungen sowie über Sinn und Zweck der eigenen Arbeit Anregungen zu holen oder sogar Ermütigung.

Der Forschungsschwerpunkt des IZRG: Flerrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau - Schleswig-holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert

Welche Arbeit hat sich das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte vorgenommen? Dazu sei vorab bemerkt: Es wäre nicht allzu viel damit gewonnen gewesen, wenn sich jeder der vier bestellten Wissenschaftler irgendein Thema aus der weitgefaßten Aufgabenstellung des Instituts gewählt hätte. Der in der Satzung fixierte Katalog der Forschungsaufgaben, der sich fast wie eine Liste der Desiderate der Landesgeschichte liest, lautet wie folgt: „Das Institut hat die

- Geschichte der Demokratisierung
- Geschichte des Nationalsozialismus einschließlich seiner Vor- und Nachgeschichte
- Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- Mentalitätsgeschichte und die
- Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die
- politische Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein seit Beginn der Industrialisierung unter landes-, regional- und lokalgeschichtlichen Aspekten und im Kontext insbesondere mit der dänischen Geschichte zu erforschen, darzustellen und zu vermitteln.“

Das ist fürwahr ein weites Feld! Es forderte zur Konzentration und zur Präzision heraus, d. h. es galt, einen Forschungsschwerpunkt zu definieren, auf den die Einzelprojekte auszurichten waren, mit anderen Worten: Es war eine übergeordnete Fragestellung festzulegen. Sie lautet: „Herrschaftszerfall und Herr-

schaftsaufbau

- Schleswig-Holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert.“

Dieses Generalthema ist von dem Mitglied des Kuratoriums, Prof. Dr. Thomas Herz, vorgeschlagen und dann in seinem allgemeinen Teil vom Kuratorium konzipiert und formuliert worden. Es fällt schwer, die Bemerkung zu unterdrücken, daß *hier* das Kuratorium, dem ja vorwiegend eine beratende Funktion zugeschrieben ist, unter der Leitung seines Sprechers Dr. Jörn-Peter Leppien am ehesten seine Kompetenzen überschritten hat und *nicht* etwa in seiner Mitwirkung bei der Stellenbesetzung. Mitgearbeitet haben nahezu alle Kuratoriumsmitglieder; indessen verdienen die Namen derer, die sich besonders engagiert eingesetzt haben, an dieser Stelle genannt zu werden. Es sind außer Thomas Herz:

- Klaus Bästlein, der einen erheblichen Teil seiner Zeit und seiner umfassenden Kenntnisse investiert hat,
- Uwe Danker, damals noch Mitglied des Kuratoriums, der, sich auf seine umfassende Kompetenz in der Zeitgeschichte stützend, ebenfalls ein erhebliches Stück Arbeit geleistet hat,
- Detlef Körte, als Mitarbeiter des Instituts nicht dem Kuratorium angehörend, aber schon an seinem Projekt arbeitend, dessen hierbei gesammelte Erfahrungen unentbehrlich waren, sowie nicht zuletzt
- Kurt Jürgensen, der, aus einem reichen Fundus an Erfahrung und Kenntnissen schöpfend, vielerlei Präzisierungen und sachliche Ergänzungen beige-steuert hat.

Die Thematik „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau“ ist zeitlich hinreichend weit gefaßt. Sie reicht von der Zeit der Weimarer Republik bis weit in die Nachkriegsära. Sie ist zugleich sachlich derart eingegrenzt, daß sie die einzelnen Forschungsprojekte zur Kooperation zusammenführt. Daß sich diese Thematik auch im landesgeschichtlichen Raum vorzüglich bearbeiten läßt, darauf hat Professor Herz bereits anfänglich hingewiesen: „(Politische) Herrschaft läßt sich am besten auf regionaler und lokaler Ebene untersuchen. Die Durchsetzung des staatlichen bzw. zentralen Machtanspruchs ist meist prekär und ist abhängig von der 'Distanz' zum Zentrum der Macht. Ob und wie die Macht durchgesetzt wird, hängt von lokalen Bedingungen ab: von den beteiligten Personen, Institutionen und lokalen 'Kulturen'.“

Die Festlegung auf die Frage nach Herrschaftszerfall und -aufbau erlaubt es dem Institut zugleich, seine Arbeit zu andernorts entstandenen oder entstehenden Forschungsprojekten in Beziehung zu setzen. Wissenschaft, wenn sie nicht nur von provinzieller Bedeutung sein soll, bedarf der freien, breiten überregionalen und möglichst der internationalen Diskussion, von der sie profitieren und die

sie wiederum bereichern kann. Prof. Herz schrieb dazu: „In den kommenden Jahren wird Herrschaft - vor allem Zerfall und Wiederaufbau - ein wichtiges Thema historischer, politologischer und soziologischer Forschung sein. Mit der Analyse von Herrschaftszerfall und -aufbau gewinnt das Institut die Möglichkeit eines Vergleiches mit Prozessen in anderen Gesellschaften, unter anderem in der ehemaligen DDR.“

Mit diesen Bemerkungen zum allgemeinen Forschungsprogramm des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte mag es sein Bewenden haben. Dem inzwischen im Druck vorliegenden Arbeitsprogramm ist Genaueres auch über die einzelnen Forschungsprojekte zu entnehmen, denen sich die vier Historiker zugewandt haben oder gedenken, sich zuzuwenden.

Wenn an dieser Stelle eine kurze, knappe Antwort gegeben werden sollte auf die von Johannes Jensen gestellte Frage, wo denn die gegenwarts- und zukunftsbezogene Landesgeschichtsforschung sei, dann könnte man heute antworten: Hier und da, und ganz besonders im Institut für Zeit- und Regionalgeschichte. Den hier tätigen Wissenschaftlern sei schließlich ein kluger Rat Friedrich Christoph Dahlmanns nicht vorenthalten: „...zumal im letzten Jahrhundert ist viel zu wenig noch vorgearbeitet, als daß ein einzelner mit den besten Kräften sich selber genügen könnte. Auch ist es nötig, daß man bei uns lerne *gemeinsam arbeiten*, wobei jeder etwas aufgibt von dem Seinen zum Gedeihen des Ganzen.“ Es dürfte leicht fallen, diesen Rat Dahlmanns zu beherzigen, wenn sich alle mit gleich großem Eifer und gleicher Schaffensfreude ihrem Projekt widmen - aber auch nur dann.

Hinweise:

Es handelt sich um den leicht überarbeiteten Text eines Vortrages, den der Verfasser am 2. September 1994 anlässlich der Vorstellung des Arbeitsprogramms des IZRG zur Einführung hielt. Das Arbeitsprogramm liegt im Druck vor: IZRG-Hefte, Nr. 1 (Schleswig 1994).

Dem Gang des Textes folgend, seien folgende Literaturhinweise gegeben:

Johannes Jensen, „Im Kleinen und Geringfügigen bekommen die großen Dinge ihren Leib“. Regionalforschung oder Heimatkunde: Nordfriesland, H.2, 1966, S. 14 ff.

Olaf Klose, Entgegnung auf den Artikel von Johannes Jensen:

Zeitschr. d. Ges. f. Schl.-Holst. Gesch. (91) 1966, S. 327 ff.

Marianne Tidick, „Wie das Bergwerk auf dem Flöz“. Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte nimmt seine Arbeit auf: GFH 4/1992, S. 221 ff.; auch in der vom Grenzfriedensbund hrsg. Sonderpublikation: Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. Erwartungen und Aufgaben, Flensburg 1993.

Margot Knäuper u. Detlef Körte, Bibliographie zum Nationalsozialismus in Schleswig-

Holstein (Berichtszeitraum 1945-1985), Kiel 1987.

Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in S-H, Info Nr. 1 ff., 1983 ff.; ab Nr. 18 (1990): Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte.

Demokratische Geschichte, Jahrbuch zur Arbeiterbewegung u. Demokratie in S-H, Bd. 1 ff., 1986 ff.

Quellen zur Gesch. Schlesw.-Holsteins, Teil V, Geschichtl. Hintergrund, Hinweise u. Anregungen, Kiel 1989.

Uwe Danker, Rechtsextremismus - Herausforderung für Zeitgeschichte: GFH 1/1993; zugleich in der genannten Sonderpublikation des GFB 1993.

Christian Degn, Die Herzogtümer im Gesamtstaat 1773-1830: Gesch. Schlesw.-Holsteins, Bd. 6, Neumünster 1961.

Sigrid Wriedt, Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Christiana Albertina im Zeitalter des dänischen Gesamtstaates (1773-1852): Quellen u. Forsch, z. Gesch. Schlesw.- Holsteins, Bd. 64, Neumünster 1973.

Andreas Ludwig Jacob Michelsen, Über die vormalige Landesvertretung in Schleswig-Holstein .... Hamburg 1831.

Reimer Hansen, Friedrich Christoph Dahlmann: Deutsche Historiker, Bd. V, hrsg v. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1972, S. 27 ff.

Reimer Hansen, Dahlmann, Friedrich Christoph: Schl.-Holst. Biogr. Lexikon, Bd. 4, Neumünster 1976, S. 46 ff.

Friedrich Christoph Dahlmann, Aufforderung zu einer vaterländischen Preisaufgabe: Staatsbürgerliches Magazin (1), 1821, S. 585 ff.

Johannes Jensen, Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1797-1864): Quellen u. Forsch, z. Gesch. Schlesw.-Holsteins, Bd. 44, Neumünster 1961; Nachdruck: Bredstedt 1993.

Peter Bendixen, Nicolaus Falck und die staatsbürgerliche Erziehung: Niels Nicolaus Falck. Ansprachen bei der Feier aus Anlaß seines 200. Geburtstages am 17. Nov. 1984, Kiel 1985, S. 9 ff.

Die Zitate von Prof. Herz wurden seinen an das Kuratorium gerichteten Schreiben entnommen.

# „Bürger heraus!“<sup>1</sup>

Kommunalwahlen und Rechtstrend im Raum Flensburg 1918/19

von MATTHIAS SCHARTL

Im November 1918 brach in Deutschland die Monarchie zusammen. Arbeiter und Soldaten gingen in den großen und kleinen Städten auf die Straße, riefen die Revolution aus und zwangen den Kaiser zur Flucht nach Holland. Der erste Weltkrieg, und mit ihm die existenzbedrohende soziale und ökonomische Krise hatte dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat zunehmend die Legitimationsgrundlage entzogen. Vollends zerstört wurde er durch die militärische Niederlage. Die Geschicke des Reiches wurden von einem aus Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildeten Rat der Volksbeauftragten geleitet. Fast überall lag die Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, auch wenn Verwaltung und Bürokratie, auf die in dieser hektischen Zeit anscheinend nicht verzichtet werden konnten, nahezu unangetastet weiter arbeiteten.

Schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, daß ein radikaler Umsturz auch von den Mehrheitsozialdemokraten nicht beabsichtigt war. Noch bevor die von der gerade erst gegründeten KPD und dem Spartakusbund im Januar 1919 entfachten bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen blutig niedergeschlagen waren, hatte sich im Dezember 1918 eine deutliche Mehrheit auf dem von der SPD dominierten Volkskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte für die parlamentarische Demokratie entschieden. Bei den Wahlen zu den verfassungsgebenden Nationalversammlungen im Reich und in Preußen am 19. und am 26. Januar wurden die Sozialdemokratie und die in der DDP zusammengeschlossenen Linksliberalen mit überwältigender Mehrheit gewählt. Zusammen mit dem katholischen Zentrum verfügten die Parteien der „Weimarer Koalition“ über 83,1 Prozent der Stimmen. Trotzdem gab es zahlreiche Deutsche, die sich weder mit den neuen politischen Gegebenheiten noch mit der militärischen Niederlage abfinden konnten. Angesichts der großen ökonomischen Probleme, der schwierigen Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der durch die heimkehrenden Soldaten verschärften Arbeitslosigkeit wurde schon bald der beinahe nostalgisch wirkende Ruf laut, daß unter dem Kaiser alles besser gewesen sei. Dieser Umschwung wurde im Verlaufe des Frühjahres 1919 deutlich und zeigt, daß - langfristig betrachtet - Kontinuität das eigentliche Ergebnis der Revolution war.

Das bürgerliche Deutschland war nicht in Passivität und Lethargie erstarrt. Ausgehend von der Provinz keimte aus Furcht vor einem erneuten Aufstand der

Massen wie im November 1918 alsbald heftige Gegenwehr gegen die Revolution und die sie tragenden demokratischen Parteien auf. In einem mit Ressentiments gespickten Artikel unter der marktschreierischen Schlagzeile „Bürger heraus!“ stellte der Schleibote z.B. fest, daß die Revolution angesichts der erneuten Unruhen im März 1919 versagt habe. Das Vaterland stehe „in Flammen“. Während „die einfache Überlegung uns sagen müßte, daß wir dem Verderben nur durch angespannte, treue Arbeit entrinnen können, daß Hungersnot und dauernde Armut, Armut auch der Arbeiter, die notwendigen Folgen des jetzigen wüsten Treibens sein müssen, lodert ringsherum der Generalstreik. Ein schauerliches Wirrarr, ein wildes Rasen der Volksgenossen gegeneinander, der wüste Bürgerkrieg.“ Die Nationalversammlung sei eine „Schwatzbude“, die preußische Volksvertretung könne bisher immer noch nicht zusammentreten und die Regierung leide angesichts des überall lauernden Bolschewismus an Autoritätsverlust. Das Bürgertum wurde im Interesse des Vaterlandes zu Wachsamkeit und Gegenwehr aufgefordert. „Die Tage der Gleichgültigkeit und der trägen Redensart, es werde schon alles nicht so schlimm werden, sind vorbei. Heute gilt es, seinen Mann zu stehen und die Unterirdischen nicht siegen zu lassen.“<sup>2</sup>

Nicht nur in den Reihen der Arbeiterschaft also löste der politische Umsturz einen mächtigen Mobilisierungsschub aus, und schon bei den am 2. März 1919 nach dem neuen demokratischen Modus stattfindenden Kommunalwahlen waren die traditionellen Machtverhältnisse in den Städten, Kreisen und Gemeinden beinahe wieder vollständig hergestellt. Im Unterschied zum bisher auch in Schleswig-Holstein geltenden antidemokratischen und vor allem die Sozialdemokratie benachteiligenden Männerwahlrecht, bei dem die Stimmen der wohlhabenden und grundbesitzenden Bürger mehr zählten als die der einfachen und in der Regel unvermögenden Bevölkerungsschichten, war zwar nunmehr jede Stimme gleich gewichtet, und somit war für die demokratischen Parteien der „Weimarer Koalition“ ein ähnlich gutes Ergebnis wie bei den Januarwahlen zu erwarten. Doch diese Hoffnung erwies sich als Trugschluß. Insbesondere in den Landkreisen und den kleinen Landgemeinden blieben die alten Machtverhältnisse unangetastet, die politische Mentalität der Landbevölkerung tendierte unverändert zu den konservativ-agrarischen Kandidaten der politisch rechts stehenden Parteien. In den Städten wurden bürgerliche Mehrheitskoalitionen gebildet mit dem Ziel, sozialdemokratische Erfolge zu verhindern. Die SPD war nahezu vollständig isoliert, sie wurde gemieden und zum Teil diffamiert. Sogar der linksliberale Koalitionspartner in der Nationalversammlung, die DDP, kooperierte auf kommunaler Ebene offen mit den alten Konservativen bzw. der DNVP und DVP und den ihnen nahestehenden Wählerlisten. Besonders im nördlichen Schles-

wig-Holstein blieb die Sozialdemokratie weit hinter dem selbstgesteckten Wahlziel zurück. Innerhalb nur weniger Wochen nach den Januarwahlen 1919 war die Stimmung in der Bevölkerung radikal umgeschlagen. Viele Arbeiter waren nach dem Ausbleiben umfassender Reformen von der Revolution enttäuscht und fühlten sich verraten, andere waren ernüchtert von den sich auftürmenden Alltagsproblemen, doch die in den Zeitungen veröffentlichte Meinung machte hierfür weder die alten Mächte des Kaiserreichs verantwortlich noch betrachtete sie diese Probleme als direkte Folge des eben erst beendeten Krieges. Vielmehr wurden die Schuld für die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie für die politischen Unruhen und die nachrevolutionären Kämpfe den demokratischen Parteien angelastet.

Ein Spiegelbild der öffentlichen, bzw. veröffentlichten Meinung im Deutschland der Novemberrevolution bieten die Berichte und Kommentare der regionalen Zeitungen. Am Beispiel der Flensburger Nachrichten, der Flensburger Volkszeitung und des in Kappeln erscheinenden Schleiboten, der wichtigsten Zeitung für die Region Angeln, sollen in einer ersten, keineswegs erschöpfenden Beschreibung Einblicke in die soziale und politische Mentalität des Bürgertums und der Landbevölkerung beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik gegeben werden. Alltagsprobleme, bürgerliche Selbstschutzmaßnahmen und ein Aspekt des kulturellen Alltagslebens werden skizziert und in einem weiteren Schritt in ihren möglichen Auswirkungen auf die Kommunalwahlergebnisse vom März und Mai 1919 analysiert. Einleitend wird die Berichterstattung über das Ende des Krieges beleuchtet und dabei der Frage nachgegangen, wie die Bevölkerung auf die unabwendbare Niederlage vorbereitet und darüber informiert wurde. Ein weiterer Abschnitt untersucht die „Heimkehrerfeiern“ für die Soldaten im Frühjahr 1919, die zentralen Stellenwert in den soziokulturellen dörflichen Mileus besaßen.

Ob die Volksabstimmung über die Abtretung der nördlichsten schleswig-holsteinischen Landkreise an Dänemark Einfluß auf die Kommunalwahlen hatte, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden. Zwar stand schon Ende Oktober 1918 das Plebiszit als Tatsache in den Wilsonschen Friedensbedingungen für alle unabdingbar fest. Die Auswirkungen wurden jedoch erst mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages im Sommer 1919 vollends sichtbar, so daß der Abstimmung selbst wohl kein direkter Einfluß zukam. Nur in Nordschleswig selbst war die dänisch gesinnte Bevölkerung direkt daran beteiligt, während sie weder in der Stadt noch im Landkreis Flensburg eine Teilnahme vorgesehen hatte.

## Das Kriegsende in den Zeitungen

Als Ende September 1918 der bis dahin unerschütterliche Generalfeldmarschall

Ludendorf gegenüber der Reichsregierung verkündete, daß alle Kräfte erschöpft seien, und in der Öffentlichkeit die Unabwendbarkeit der militärischen Niederlage sich deutlich abzeichnete<sup>3</sup>, die Regierung des Prinzen Max von Baden gar ihre Friedensfühler ausgestreckt hatte, wurde in zahlreichen Anzeigen immer noch für die Zeichnung der letzten, insgesamt neunten Kriegsanleihe geworben<sup>4</sup>. Die Flensburger Norddeutsche Zeitung veröffentlichte einen gemeinsamen Aufruf der Handwerkskammer und des nationalliberalen Flensburger Ortsvereinsvorsitzenden, des Stadtverordnetenvorstehers Löhmann, in dem es hieß, daß jetzt Stärke gezeigt werden müsse. „Stark im Leid muß jetzt die Losung des deutschen Volkes sein. Es gilt zu zeigen, daß unsere sittliche Kraft ungebrochen ist. Die neunte Kriegsanleihe kann als Probe darauf gelten. Führt sie zu einem vollen Erfolge, so bedeutet das in diesem Augenblick einen Sieg, der seine Wirkung auf die Feinde nicht verfehlen wird.“<sup>5</sup> Solche Durchhalteparolen waren zwar kaum mehr als Kriegspropaganda, aber sie verfehlten ihr Ziel bei der anscheinend immer noch auf „Siegfrieden“ eingestimmten Bevölkerung nicht, zumal diese über die wirkliche Lage oft im Unklaren gelassen wurde. Zwangswirtschaft und Rationierung der Lebensmittel sowie die katastrophale Versorgung der Bevölkerung, hatten die Menschen jedoch kriegsmüde werden lassen. Vielerorts war es zu Protesten und in einigen Städten sogar zu gewalttätigen Unruhen gekommen<sup>6</sup>. Das baldige Kriegsende wurde herbeigesehnt und vor allem in Arbeiterkreisen wurden Rufe nach sozialen und politischen Reformen und der Abdankung des Kaisers laut.

Die Öffentlichkeit wurde jedoch auf den sich abzeichnenden militärischen Zusammenbruch nicht oder allenfalls unzureichend vorbereitet. Typisch dafür ist die in den Zeitungen äußerst kontrovers geführte Diskussion über die vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson genannten Friedensbedingungen. Der Schleibote z. B. kommentierte unter der Überschrift „Sein oder Nichtsein“ die Antwort auf das deutsche Friedensgesuch vom Oktober 1918 durch Präsident Wilson äußerst kritisch und bezeichnete sie ähnlich wie andere Zeitungen als „Friedensdiktat“, dem sich Deutschland nicht unterwerfen dürfe. Die Lage, so wurde der Bevölkerung vorgespielt, sei nicht so ernst, daß „wir verzagen müßten“. Die Front im Westen werde halten, was „die Angreifer erst kürzlich schmerzhaft zur Kenntnis nehmen mußten“<sup>7</sup>. Auch die Flensburger Norddeutsche Zeitung rief dazu auf, jetzt zusammenzuhalten, um das Schlimmste abzuwehren. „Der furor teutonicus ist da, es heißt nur, ihn zu entfachen. Für einen ehrlichen deutschen Frieden greift noch mancher Bürgersmann freiwillig zur Waffe.“<sup>8</sup> Selbst die Flensburger Sozialdemokratie mochten nicht zurückstehen. Auch sie wollte einen gerechten, d. h. Deutschland nicht demütigenden Frieden erreichen. In der Arbeiterschaft wurde zwar auf Versammlungen für das rasche

Kriegsende agitiert, dabei aber nie ein Zweifel daran gelassen, daß auch die SPD die „Ehre zu verteidigen“ wisse und sich gegen jegliche Ungerechtigkeiten zu wehren verstehe“. Flensburgs führende Sozialdemokraten Paul Dietz, Peter Michelsen und Waldemar Sörensen Unterzeichneten z. B. gemeinsam mit Handelskammerpräsident Kallsen, dem Stadtverordnetenvorsteher Löhmann, Propst Niese, Oberbürgermeister Todsen und dem Landtagsabgeordneten Jacob Wittrock einen gemeinsamen

Aufruf für die Regierung des Prinzen Max von Baden. Hierin hieß es, daß die Regierung in keinen Frieden einwilligen dürfe, „der mit der Ehre des Deutschen Reiches und der freien Weiterentwicklung unseres Volkes nicht vereinbar wäre“. Mutig und entschlossen wolle man der Zukunft entgegensehen, und wenn es sein muß, „zu den äußersten Opfern für das Vaterland bereit“ sein<sup>10</sup>.

Erst nach Ausbruch der Revolution am 4. November wurde in den Zeitungen das „Unabwendbare“ der Niederlage mehr oder minder notgedrungen eingestanden. So schrieb der Berliner Korrespondent des Schleiboten in einem Leitartikel mit der Überschrift „Die Not des Vaterlandes!“, daß Deutschland „nicht mutlos werden und verzagen“ dürfe, es stehe noch heute „in ungebrochener Kraft“. In einem eindringlichen Appell aber wurde darauf gedrungen, „die geistigen und moralischen Kräfte..., welche uns die Kraft verliehen, diesen furchtbaren Kampf über all die Jahre durchzuhalten“ zu bewahren. Geradezu prophetisch hieß es weiter: „Die Mission Deutschlands in der Welt wird an ihrer Größe durch einen wie immer gearteten Ausgang des Krieges nichts einbüßen. Wir werden auch nach diesem ungleichen Ringen nicht gesenkten Hauptes einherzuschreiten brauchen, denn gerade eine spätere Zeit, in welcher nicht mehr Haß und Verelendung den Blick für die Wahrheit und Gerechtigkeit trüben, werden bei allen Völkern der Erde die Wunderleistungen des deutschen Volkes erst ins rechte Licht rücken.“ Die Zeitung rief dazu auf, das Vaterland neu aufzubauen. Wer das deutsche Volk kenne, der wisse „daß es auch späterhin die Fähigkeiten aufbringen wird, um die klaffenden Lücken zu schließen und sich und sein Ansehen wieder in der Welt durchzusetzen“.<sup>11</sup>

Solche und ähnliche Fehleinschätzungen waren weit verbreitet, In ihnen aber setzte sich nicht nur das für den Weltkrieg hauptverantwortliche Großmachtsleben ungebrochen fort, hierin offenbarte sich zudem, daß das bürgerliche Schleswig- Holstein zutiefst verunsichert und zugleich unfähig war, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Die Niederlage war für viele immer noch unfaßbar. So notierte der Handewitter Pastor Claus H. Lindemann mit Blick auf die seiner Ansicht nach „zunehmende sittliche Verwilderung“ im Nachkriegsdeutschland und die durch die beinahe alltäglichen großen und kleinen Gesetzesverletzungen wie Diebstähle, Einbrüche und „Schwarzschlachtungen“ herbeigeführten

„zunehmenden Unsicherheiten auf dem Lande“ in einer zeitgenössischen Reflektion: „Während der ganzen Kriegszeit standen die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen im Zentrum des Interesses der Bevölkerung. Bei jeder Gelegenheit, bei Kindtaufen, Hochzeiten, bei Versammlungen des Kirchenkollegiums, des Schulvorstandes, der Armenvertretung, der Sparkasse sowie in Privatgesprächen waren unsere großen Siege und Erfolge im Felde stets Gegenstand der Besprechung und Unterhaltung... . Daß der so siegreich und ruhmvoll geführte Krieg solch ein schmäliches Ende nehmen sollte, war unseren Leuten völlig unerklärlich und unbegreiflich. Und groß, sehr groß war allgemein die Empörung und Verbitterung über die Marine, weil durch ihre Meuterei unser tapferes Frontheer von hinten erdolcht wurde. Auch aus dem Munde der aus dem Felde heimkehrenden Krieger konnte man sehr scharf die bitteren Worte über diese Judastat, wie sie von ihnen genannt wurde, hören.“<sup>12</sup>

### Die Heimkehrerfeiern

Besonders in den Dörfern wurden frühzeitig Widerstände gegen die Revolution und den neuen demokratischen Staat laut. Dies zeigen z. B. die in nahezu jeder Gemeinde und jeder Kleinstadt veranstalteten Feiern für die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten, die im allgemeinen Sprachgebrauch kurz und treffend als „Heimkehrerfeiern“ bezeichnet wurden. Darin wirkten nationalistische und imperialistische Ansprüche, hinter denen sich die alten Mächte bald wieder im Kampf gegen die Revolution und die Republik von Weimar vereinten, nahezu ungebrochen fort.

Als die Soldaten im Winter nach Hause zurückkehrten, da konnten und wollten die Menschen in der Heimat einfach nicht begreifen, daß alles vergebens gewesen war. Die „Opfer“ sollten nicht vergeblich gewesen sein. So wurde „den Helden des Krieges“ überall ein prächtiger Empfang bereitet. In den Dörfern wurden die Feiern von den alten Kampfgenossen- und Kriegervereinen, die zum Teil als Ehrenkompanien antraten, und mit Unterstützung der Kirchen oder den ländlichen Vereinen ausgerichtet. Fast die gesamte Bevölkerung nahm daran teil. Die Eingänge in die Festsäle wurden von Girlanden umrankt, drinnen prunkte reichhaltiger Blumenschmuck und Tannengrün. Gemeindevorsteher, Bürgermeister oder Pastoren hielten Festansprachen, die vaterländischen Frauenvereine sorgten nicht nur für das leibliche Wohl, sondern sie organisierten auch kleinere, von der Dorfgemeinschaft gestaltete Vagantenaufführungen. Zur Begrüßung sangen die Kirchenchöre. In einer würdevollen Feier wurde auch der gefallenen Gemeindeglieder gedacht, für die später zumeist auf den Friedhöfen oder anderen exponierten Stellen im Dorf Kriegerdenkmäler errichtet wurden<sup>13</sup>. Der Schleibote notierte schon am 16. November: „Sie verdienen es, denn auf dem

Schlachtfeld haben sie unzweifelhaft das Größte von allen Heeren des Weltkrieges geleistet. Ihren Ruhm kann ihnen niemand nehmen. Niemand auch den heißen Dank der Heimat, die von ihnen vor Mord und Brand verschont wurde.“<sup>14</sup> Fast bedauernd hieß es über die am 6. Dezember 1918 erstmals in Kappeln veranstaltete Feier: „Zur Heimkehr der Krieger hat auch unsere Stadt ein Festkleid angelegt. Ehrenpforten wurden aufgerichtet, und Girlanden überspannen die Straßen. Leider verbietet es der Ernst und die Not der Zeit, unseren Vaterlandsverteidigern, die jahrelang für uns gekämpft und gelitten haben, einen Empfang zu bereiten, der ihnen gebührt. Wir können unseren Gefühlen nur durch Worte Ausdruck verleihen, indem wir die heimkehrenden Heldensöhne unserer Stadt in unserer Mitte herzlich willkommen heißen, um mit uns zusammenzustehen in Not und Gefahr, die Deutschland mehr denn je bedrohen.“<sup>15</sup> Besonders gefährlich für die Zukunft und die Legitimation des demokratischen Staatswesens aber war, daß die Not und Gefahr des Krieges bei weitem als nicht so gravierend empfunden wurde wie die durch die Revolution herbeigeführten politischen Reformen. Hingegen würde die gegenwärtige unsichere Situation „Deutschland mehr denn je“ bedrohen als jeder äußere Feind, lautete es im selben Artikel.

Überall wurde die Legende von den heldenhaften und unbesiegten Soldaten kolportiert. Dies war eine frühe Vorwegnahme der gegen die Republik gerichteten und eigentlich erst im August 1919 anschwellenden „Dolchstoßkampagne“ der politischen Rechten und der ihnen nahestehenden Parteien wie der DNVP oder DVP. So hieß es schon auf der offiziellen Begrüßungsfeier in Kappeln am 23. Februar 1919 im vollbesetzten Centralhotel, dessen Saal festlich vom Kriegerverein geschmückt war, in der Festansprache von Bürgermeister Schröder, daß „unser Fleer nicht als Sieger, aber unbesiegt aus dem Felde heimgekehrt ist. Ohne ein starkes Fleer hätten wir nimmer der Welt von Feinden durch vier lange Jahre getrotzt; darum erhebt sich auch jetzt wieder aus all unserer Zertrümmerung in der Nationalversammlung der Ruf nach einem starken und tüchtigen Heer. Dank, tausend Dank, überschwenglichen Dank schulden wir alle, die wir daheim geblieben sind, denen, die unser Vaterland vor entsetzlichen Schrecken und der Verwüstung die vier Jahre hindurch bewahrt haben.“<sup>16</sup> Schon auf Wahlveranstaltungen der DNVP im Januar 1919 in Angeln wurde diese Legende wiederholt verbreitet. In Süderbrarup etwa erklärte deren Spitzenkandidat, der frühere Schleswiger Landrat Rogge, daß „unser Heer, das so tapfer den Durchbruch der Feinde verhindert (hat), ... durch die Marine von hinten erdolcht“ worden sei. „Die Uniform der blauen Jungs, die früher so beliebt war, würde heute verachtet.“<sup>17</sup> Die Gedanken gingen beständig zurück, und die Vergangenheit wurde alsbald künstlich verklärt. Die neuen politischen Kräfte galten als unfähig,

die sich auftürmenden Alltagsprobleme zu lösen, Soldatenleben und Männerfreundschaften waren hingegen ein positives Beispiel dafür, wie unter dem Zeichen des wiedererwachenden und sich seiner Stärke bewußt werdenden Nationalismus alle Not und jegliches Elend überwunden werden konnten.

### Soziale Not, Kriminalität und Selbstschutzmaßnahmen

Wesentlich beeinflußt wurden die Wahlen zu den Kommunalvertretungen in der Provinz von gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Hinzu kam eine extrem hohe Arbeitslosigkeit, von der besonders die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten betroffen waren. Arbeitsplätze waren in der Industrie kaum noch vorhanden und auch im Agrarsektor wurden allenfalls langdienende Arbeitskräfte im Jahreslohn oder aber billige Landarbeiterfamilien gesucht. Überdies erwies sich die Unterbringung von Kriegsbeschädigten als nahezu unmöglich, bzw. wurden diese nur zu äußerst geringer Entlohnung gesucht. Das Problem war so gravierend, daß der Schleswiger Kreisarbeitsnachweis Frauen aus dem Berufsleben hinauszudrängen begann und freie Arbeitsplätze nur für Männer reservierte. Den Frauen wurde geraten, sich vordringlich auf die Hauswirtschaft zu konzentrieren<sup>18</sup>.

Ebenso problematisch war die Lebensmittelversorgung<sup>19</sup>. Die zuständigen Kommissionen und Wirtschaftsämter der Städte und Kreise hatten sich schon unter der Zwangswirtschaft im Krieg letztlich als machtlos erwiesen, für eine hinreichende Verteilung der Mangelgüter zu sorgen. Zur Unterstützung der Verwaltung sollten jetzt Landarbeiter- und Bauernräte tätig werden, die jedoch als Zwischeninstanzen ihre vordringlichste Aufgabe darin erblickten, die persönlichen Sorgen und Nöte der Landbevölkerung, die aus der Kriegswirtschaft und aus den als Zwang empfundenen Ablieferungsbestimmungen ihrer Produkte resultierten, in der Öffentlichkeit vorzubringen. Wesentliche politische oder gar revolutionäre, dem Sinn der demokratischen Ordnung entsprechende Forderungen wurden von diesen Räten nicht erhoben. Hinzu kam, daß innerhalb kürzester Zeit die führenden Mitglieder rechtsgerichteter Organisationen sich leitende Stellungen in den Bauernräten sichern konnten<sup>20</sup>. Folgerichtig vermochten sie gegen die wirtschaftliche Notlage nur wenig auszurichten<sup>21</sup>. Vor allem konnten sie sich bei den Bauern, die in Kriegszeiten erheblich von der Lebensmittelknappheit profitiert hatten und ihre Produkte oft zu Höchstpreisen an die in Scharen in die Landkreise hinausströmende Stadtbevölkerung verkauften, kaum durchsetzen<sup>22</sup>. Auch nach Kriegsende versuchten die Landwirte, für ihre Waren Höchstpreise herauszuschlagen, und der Vorsitzende des Verbandes Angler Rinderzüchter, Hofbesitzer Thomsen (Hardesby) äußerte noch im April 1919 die Hoffnung, daß nach „dem Eintritt geordneter Friedenszeiten überhaupt

damit gerechnet werden kann, daß die Butterpreise auf Jahre hinaus sich halten werden, vielleicht noch weiter in die Höhe gehen“.<sup>23</sup> In der Not verpflichtete der Bauernvollzugsrat des Kreises Schleswig im Rahmen der Zwangswirtschaft sämtliche Landwirte dazu, ein genau beschriebenes Kontingent von Eiern zum Garantiepreis von 50 Pfennig abzuliefern. Bei Zuwiderhandlungen wurden Zwangsmaßnahmen angedroht<sup>24</sup>. Die Landwirtschaftlichen Interessenorganisationen wie der Bund der Landwirte oder auch die Landwirtschaftskammer protestierten heftig gegen diese Zwangsmaßnahmen, in Resolutionen wurde über die unhaltbare Situation durch den „schweren Angriff in unseren schon bis an die Grenze des Möglichen reduzierten Viehstapel“ und die durch die staatliche Höchstpreisverordnungen zurückgehenden Einkommen geklagt<sup>25</sup>. Der Verband Angler Rinderzüchter fürchtete wohl nicht ganz unberechtigt um den Erfolg seiner züchterischen Leistungen und führte erbittert Beschwerde über die Ablieferung von Vieh zu Schlachtzwecken. Er verlangte gar die umgehende Einstellung, da seiner Meinung nach noch genügend Lagervorräte vorhanden seien<sup>26</sup>. Das Norderbraruper Landwirtschaftliche Casino schließlich verweigerte seit dem 15. Februar 1919 weitere Viehablieferungen<sup>27</sup>.

Lebensmitteldiebstähle, Plünderungen, Überfälle auf Bauerngehöfte, das Schlachten von gestohlenem Vieh direkt auf den Weiden oder der Diebstahl von Brennholz und Kohle waren an der Tagesordnung. Sogar die Kreisbahnen mußten aufgrund des Kohlemangels vorübergehend ihren Betrieb einstellen<sup>28</sup>. Fast resignierend stellte der Geschäftsführer eines örtlichen Versicherungsvereins in Norderbrarup fest: „Leider scheinen die Not der Zeit und die Gewissenlosigkeit der Menschen noch zu wachsen.“ Folge dieser schlimmen Zustände war es, daß der Versicherungsverein angesichts von 86 Diebstahlsfällen in den vergangenen sechs Monaten seine Beiträge erheblich erhöhen mußte<sup>29</sup>. Im Juni 1919 wurde in der Umgebung Schleswig gar ein spezieller „Versicherungsverein gegen Viehdiebstahl und Abschlachten von Vieh“ neu gegründet, für den schon in der Vorbereitungszeit zahlreiche Bauern mit ca. 500 Rindern Interesse angemeldet hatten<sup>30</sup>. In Kappeln geriet eine organisierte Bande in die Schlagzeilen der örtlichen Presse. Erst nach einigen Wochen konnten einige Mitglieder auf frischer Tat verhaftet werden, und Schleswigs Landrat Werther mußte an das Regierungspräsidium berichten, daß „die Achtung vor dem Eigentum im Schwinden begriffen“ sei<sup>31</sup>. In Flensburg klagte die städtische Forstkommision wiederholt bei Landrat Wallrath darüber, daß der „Holzfrevell“ in der Marienhölzung ständig zunehme. Sie forderte ihn auf, umgehend für Abhilfe zu sorgen und die notleidenden Harrisleer endlich besser mit den notwendigen Brennstoffen zu beliefern<sup>32</sup>. Auch in Glücksburg kam es wiederholt zu Beschwerden, da sich der Forstfiskus nur wenig kooperativ zeigte und durch zu hohe Preise nach

Ansicht der Stadtverwaltung unnötig die fortlaufenden Gesetzesübertretungen indirekt förderte. In Gundelsby hingegen versuchte der Landarbeiter- und Bauernrat wiederholt, gegenüber dem Pächter des Gutes Öhe seine Forderungen nach preiswerter Holzbelieferung durchzusetzen. Doch nicht einmal das im Herbst abgeschlagene Buschwerk wurde ihm überlassen, sondern sollte wie gewohnt auf einer Auktion versteigert werden, auf der bekanntermaßen überhöhte Preise gezahlt werden mußten<sup>33</sup>. Aufgrund der fortlaufenden Diebstähle in den Wäldern sah sich schließlich die herzogliche Schloßverwaltung dazu genötigt, auf zum Hause Glücksburg zählenden Gütern offiziell die Erlaubnis zum Holzsammeln zu erteilen<sup>34</sup>.

Da sie sich den Gewalttätern hilflos gegenüber wähnte, schritt die Landbevölkerung, die dabei zum Teil durch die Behörden unterstützt wurde, zur Selbsthilfe. Aus dem Landkreis Flensburg meldete Landrat Wallroth auf eine Anfrage des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten Heinrich Kürbis, daß, „sofern die Bevölkerung das Bedürfnis nach größerem Schutz des Eigentums hat, ... sie sich zu örtlichen Einwohnerwehren zusammenschließt“<sup>35</sup>. Auch im Kreis Schleswig wurden in zahlreichen Gemeinden Bürger- oder Bauernwehren gegründet, die mit Gewehren und Pistolen aus Heeresbeständen bewaffnet waren<sup>36</sup>. Diese ersten Wehren wurden entsprechend eines vom reaktionären Bund der Landwirte zählenden Schutzverband der Landwirtschaft veranlaßten und vom Innenministerium verbreiteten Aufrufs im März 1919 gebildet. Demnach wurden vor allem „zuverlässige Personen“ im Kampf gegen Terror und Kommunismus gesucht. Ohne weitere Bestimmungen hinsichtlich der Einbeziehung der Arbeiterorganisationen, war dies nichts Anderes als ein Rundumschlag gegen die politische Linke, was naturgemäß zu zahlreichen Protesten der Arbeiterräte führte. In Kappeln z.B. hatte der Bürgermeister ohne Rücksprache mit dem Arbeiterrat, aber mit Rückendeckung des Regierungspräsidenten Schneider, am 2. April die Bürgerschaft bewaffnet. Arbeitern wurde der Beitritt verweigert und ein Vermittlungsversuch des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats oder eine Neuaufstellung der Wehr abgelehnt. Die überwiegend bürgerliche Wehr war außerordentlich gut bewaffnet, sie verfügte über zwei Maschinengewehre und 60 Gewehre. Erst nach Eingreifen von Oberpräsident Kürbis gelang es unter Hinzuziehung des Schleswiger Landrats Werther Ende August, eine den Aprilrichtlinien entsprechende Einwohnerwehr aufzustellen, die allen sozialen Schichten offenstand. Trotzdem jedoch blieb die Situation angespannt, denn keine Seite brachte der anderen das notwendige Vertrauen entgegen.<sup>37</sup> Ebenso versuchte die bäuerliche Bevölkerung in Erde (Kreis Schleswig), Arbeiter von der Wehr fernzuhalten, da deren Mitarbeit offensichtlich nicht erwünscht war. Obwohl eine solche „Bürgerwehr“ schon im März mit 73 Mitgliedern gegründet worden war und zugleich

entsprechende Wünsche auf Bewaffnung - 50 Gewehre, 5 Maschinengewehre nebst Munition und Handgranaten - nach Schleswig mitgeteilt wurden, faßte die Gemeindevertretung, vom Landrat auf die neue Situation aufgrund des Aprilerlasses aufmerksam gemacht, den Beschluß, „jetzt von der Bildung einer Bürgerwehr (Einwohnerwehr)“ wieder zurückzutreten<sup>38</sup>.

In Schleswig-Holstein wurde der Märzaufruf offiziell nicht über das Amtsblatt veröffentlicht. Dies läßt darauf schließen, daß Oberpräsident Kürbis, aber auch die unteren Verwaltungsebenen schwere Bedenken dagegen erhoben hatten. Nach den Protesten revidierte Innenminister Heine am 15. April 1919 seinen ursprünglichen Erlaß. Nunmehr war eine vertrauliche Zusammenarbeit aller Bevölkerungskreise in den Wehren vorgesehen. In die von Kürbis herausgegebenen Ausführungsbestimmungen fließen zudem zahlreiche Anregungen des Volksrats der Provinz ein. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie und die rigorose Genehmigungspolitik bewirkte indes, daß die Anzahl der Einwohnerwehren zunächst gering blieb und erst im Januar 1920 ein erheblicher Anstieg erfolgte. Maßgeblich dafür war, daß die örtlichen Behörden nunmehr ohne Genehmigung des Oberpräsidenten Wehren aufstellen konnten und nur noch eine „Führung“ mit den Berufsorganen der Arbeiterbewegung oder den Arbeiterräten zu halten war. Die Einwohnerwehren befanden sich somit zum Zeitpunkt des Kapp-Putsches im März 1920 fast vollständig in bürgerlicher Hand. Allerdings griffen sie nirgendwo direkt in die Auseinandersetzungen ein, sie blieben neutral und enttäuschten damit die Hoffnungen der Regierung, die ihre Aufstellung nicht nur als hilfspolizeiliche Maßnahme zum Schutz des Eigentums gerechtfertigt hatte, sondern ihnen auch den Schutz der Republik als Aufgabe zugewiesen hatten. Nach ihrer durch Dekret herbeigeführten Auflösung im Anschluß an die Märzereignisse wurde stattdessen mit dem Aufbau einer Sicherheitspolizei begonnen<sup>39</sup>.

Bürgerlisten gegen Sozialdemokraten - Die Kommunalwahlen in Flensburg am 2. März 1919

Bis zur Jahrhundertwende standen die nach dem Normativ von 1833 durchgeführten Kommunalwahlen in Flensburg deutlich im Zeichen des Gegensatzes zwischen den bürgerlichen Wählern der beiden Kirchspiele St. Marien und St. Nikolai<sup>40</sup>. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts stand die Persönlichkeit des zu Wählenden eindeutig im Vordergrund. Somit gelangten nur Männer in die Stadtvertretung, denen die Erfüllung dieser Aufgabe auch zugetraut wurde. Dies war gleichbedeutend mit der Vorherrschaft der reichen Flensburger Kaufleute, die ihren Einfluß in der städtischen Politik erst nach 1900 verloren. Zwischen 1898

und 1903 gewannen die Kommunalvereine erheblich an Bedeutung. Bis zu 15 solcher Vereine versuchten, ihre Einflüsse geltend zu machen und die Interessen der einzelnen Stadtteile zu vertreten. Erst nachdem sich auch die Sozialdemokratie, an den Kommunalwahlen beteiligte veränderte sich die Situation nochmals erheblich. Trotz guter Ergebnisse bei den Reichstagswahlen - schon seit 1890 hatte die SPD dabei ständig die meisten Stimmen gewinnen können - dauerte es bis zum Jahre 1910, bis die ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten, Waldemar Sörensen und Ernst Erfurth, gewählt wurden. Bis 1912 gelangten mit Peter Michelsen, Paul Diez und F. Köhler drei weitere Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung. Das Bürgertum indes konnte trotz Uneinigkeit stets die Mehrheit behaupten und hielt 1913 insgesamt 23 der 28 Mandate. An dieser Verteilung änderte sich bis zur Revolution nichts mehr, beide Seiten hatten im Zeichen der „Burgfriedenspolitik“ eine Vereinbarung getroffen, den „Status quo“ beizubehalten und bei den notwendigen Nachwahlen im Ersten Weltkrieg nur eine gemeinsame Liste aufzustellen. Letztmalig wurden so in Flensburg Ende November 1918 nochmals zwei bürgerliche und zwei sozialdemokratische Stadtverordnete einvernehmlich gewählt.

Bis 1918 waren jedoch 90 Prozent der Bevölkerung vom Kommunalwahlrecht ausgeschlossen, bei der Wahl im November 1918 waren nur 13,3 Prozent wahlberechtigt. Das vom preußischen Innenministerium am 24. Januar 1919 verfügte neue Kommunalwahlrecht sah nun zum Unwillen der bürgerlichen Kräfte in den Städten und Gemeinden erstmals die Wahlen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlrecht vor. Damit wurden in der Fördestadt 63,6 Prozent der Bevölkerung stimmberechtigt<sup>41</sup>. Zugleich wurde die alte schleswig-holsteinische Städte- und Landgemeindeordnung außer Kraft gesetzt, die gegenwärtigen Gemeindevertretungen für aufgelöst erklärt und damit ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu demokratischen Verhältnissen auch in den Kommunalparlamenten beseitigt<sup>42</sup>. Mit Vehemenz versuchten einflußreiche bürgerliche Kreise, vor allem die traditionell die städtische Politik beherrschenden Kommunalvereine und deren um ihren Einfluß fürchtenden Kommunalpolitiker im Einklang mit den ihnen nahestehenden Zeitungen, angestammte Machtpositionen zu bewahren und legten scharfen Protest gegen die ihrer Meinung nach drohende Politisierung der kommunalen Gremien ein. Kommunalpolitik erschöpfte sich für sie in der Regelung der Verwaltungsangelegenheiten und der Bewältigung von Wirtschaftsfragen und mußte freigehalten werden von jeglichem „Parteiengzänk“.

Im Wahlkampf 1919 wurde daher der Flensburger SPD vorgeworfen, die Kommunalpolitik für parteipolitische Ziele zu instrumentalisieren. Typisch für die im Bürgertum weit verbreitete Ansicht ist ein Artikel in den Flensburger Nachrichten

„Nach dem Willen der Staatsregierung hat nun auch Flensburg ein neues radikalisiertes Stadtparlament“, hieß es. Die Zeitung sprach von einem „Parteien-Parlament“ ohne Sachkenntnis und forderte für die Bewältigung der kommunalen Alltagsprobleme unpolitische und erfahrene Fachleute. „Die Staatsregierung aber trug keine Bedenken, neue Männer in großer Zahl in die städtische Verwaltung einzuziehen zu lassen, die solcher Erfahrung allem Anschein nach völlig bar sind.“ Das „Gesamtinteresse muß über jedem Einzelinteresse stehen. Nur eine unter allgemeinen Gesichtspunkten geführte Verwaltung kann für das Gemeinwohl produktive Arbeit leisten“<sup>43</sup>. Auch die letzte Sitzung der alten Stadtverordnetenversammlung Anfang März 1919 wurde zu einer heftigen Anklage gegen die vermeindliche Politisierung der Kommunalpolitik genutzt. Unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden dankte Oberbürgermeister Todsden den scheidenden Abgeordneten, hielt eine Lobrede auf die alte Kommunalverfassung und betonte, daß „die Stadtverordnetenversammlung sich (immer) der Pflicht ihrer Aufgaben gewachsen gesehen habe.“<sup>44</sup>

In aller Eile wurden nun Verhandlungen aufgenommen, die darauf abzielten, sich gegen die Sozialdemokratie zu verständigen. Ein Aufruf des Bürgerversammlungsausschusses, dem alle bürgerlichen Flensburger Kommunalvereine, der Innungsausschuß und der Verein für Handel und Industrie angehörten, überbot den schon zitierten Artikel in den Flensburger Nachrichten in seinen Vorwürfen noch an Heftigkeit. Schwere Zeiten seien über die Stadt hereingebrochen, hieß es. „Die sozialistische Regierung Preußens hat unter gewollter Mißachtung der vom ganzen preußischen Volk gewählten Landesversammlung unsere kommunale Verfassung gesprengt und sämtliche Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst. ... Der hemmungslosen Neuerungssucht sollen alle diejenigen Männer zum Opfer fallen, die jahrelang unter Hingabe ihrer besten Kräfte gearbeitet und sich in alle Fragen ... eingearbeitet haben.“ Nur die Bürgerliste verfüge über Männer und Frauen mit genügender Erfahrung, „die das Wohl der ganzen Stadt, das Wohl der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit als höchstes Ziel ihrer kommunalpolitischen Wirksamkeit vertreten wollen.“ Der SPD wurde vorgeworfen, „in aller Stille mit fiebriger Tätigkeit“ die Mehrheit zu erreichen „und damit für alle Verwaltungsmaßnahmen das Heft in der Hand zu halten. Mit ihrer straff organisierten Wählermasse wird sie alle ihre Ziele erreichen - wenn das Bürgertum nicht aufwacht und am 2. März mit seinem Stimmzettel einen Damm aufrichtet gegen ihre Machtgelüste“<sup>45</sup> In die gleiche Richtung zielte ein im Wahlkampf herausgegebener Aufruf des bürgerlichen Frauenwahlausschusses in Flensburg, der den erstmals wahlberechtigten Frauen dazu riet, nur tüchtige Männer als Stadtverordnete zu wählen. Ein „großes Maß an Erfahrung, Wohlwollen, Intelligenz und Tatkraft“ sei notwendig. Probleme könnten „nicht gelöst werden von

einseitig parteipolitischen Gesichtspunkten einzelner Gruppen aus, denn über dem Wohl einzelner Wirtschaftsgruppen und über dem parteipolitischen Erfolg steht das Gedeihen unserer Stadt<sup>46</sup>. In Schleswig kritisierten die bürgerlichen Schleswiger Nachrichten unverblümt das Vorgehen der preußischen Staatsregierung und betonten, daß dies „einer der schwersten und raffiniertesten Streiche“ gewesen sei, der „gegen das deutsche Bürgertum geführt worden ist, als wir unter den Zwang dieser gänzlich unnötigen Wahlen gestellt wurden. Nun müssen wir die Folgen soweit abzuschwächen suchen, als es irgend geht. Wer sich bisher im Kommunalwesen bewährt hat, sollte wiedergewählt, fachlich wünschenswerte Neubesetzungen sollten berücksichtigt werden. Die Politik war nach außen hin nicht zu vermeiden, da sie eben die sozialdemokratische Waffe war.“<sup>47</sup>

Darüber hinaus versuchten sich die bürgerlichen Parteien und deren Kandidaten auf „unpolitischen“ Listen, die zum Teil nach äußerst kontroversen Verhandlungen aufgestellt wurden, zu einigen. Dadurch ergab sich ein - aus heutiger Sicht - heilloses Durcheinander, zumal die Mehrheit der bürgerlichen Kandidaten ihre Parteizugehörigkeit verschleierte und die Listen, für die Mehrheit der Wähler kaum durchschaubar, untereinander verbunden waren wie in Flensburg, wo Bürgerversammlung und DDP miteinander gingen<sup>48</sup>. Flensburgs Bürgerversammlungsliste wurde zudem vom früheren und zukünftigen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Löhmann angeführt, der vorher der Nationalliberalen Partei angehörte und jetzt Vorsitzender des DVP-Ortsvereins war. Auf den ersten Blick schien es zwar, als ob sich durch diese Vielfalt auf bürgerlicher Seite zugleich die Wahlchancen für die einzelnen Parteien minderten. Dahinter verbarg sich jedoch nur die Absicht, den Sozialdemokraten zu schaden, wie die Flensburger Volkszeitung notierte „und durch Verbindung sämtlicher bürgerlicher Listen dann noch besser das zu erreichen, was durch eine einzige bürgerliche Liste nicht zu erreichen war, nämlich die Mehrheit im Stadtparlament“<sup>49</sup>.

Dies war im übrigen ein in Schleswig-Holstein weit verbreitetes Verfahren, das zahlreiche Sympathien im Bürgertum und bei der Verwaltung, die ohnehin die neuen politischen Verhältnisse nur widerwillig anerkannt hatte, fand. Im Kreis Lauenburg z. B. war die Frontstellung ebenso fest, in Ratzeburg wurde beschlossen, der SPD-Liste eine „unter Mitwirkung weitester Kreise des Bürgertums“ ausgehandelte, gemeinsame Bürgerliste entgegenzustellen, was nur bedeuten konnte, daß Sozialdemokraten nicht als Bürger angesehen waren und von der Teilnahme daran von vornherein ausgeschlossen wurden. Diese Kooperation der bürgerlichen Kandidaten und Wähler unterschiedlicher politischer Herkunft auf einer gemeinsamen Plattform gegen die SPD war äußerst erfolgreich<sup>50</sup>. So verhielt sich auch die Lauenburger DDP äußerst moderat gegenüber

den Konkurrenten in den Bürgervereinen aber auch anderen Parteikandidaten. Zum Teil rückte sie hier durch das Zusammengehen mit den Konservativen nach rechts und versuchte durch vorsichtige Wahlaussagen, die Chancen für spätere Koalitionen gegen die SPD offenzuhalten<sup>51</sup>. Um die SPD bei den Wählern bloßzustellen, ging der lauenburgische Landrat im Sinne der im Kaiserreich üblichen Überwachung der sozialdemokratischen Politiker sogar so weit, die Gemeindevorsteher anzuweisen, die SPD-Kandidaten besonders zu kennzeichnen, „so daß bei der Wahl der Gegensatz zwischen Bürgertum und der Sozialdemokratie hervortritt.“<sup>52</sup> Auch in Kappeln verständigten sich alle bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Liste<sup>53</sup>. Die DDP war zwar anfangs skeptisch, doch nach mehreren Verhandlungsrunden war auch sie zur Einheitsfront gegen die SPD bereit. Zusammen mit der DVP, DNVP, dem Beamten- und Bürgersowie dem Handels- und Gewerbeverein gab sie in einem Aufruf der SPD die alleinige Verantwortung für das Scheitern einer anfangs in Aussicht gestellten „unpolitischen“ Allparteienkoalition. „Nachdem die hiesige sozialdemokratische Partei für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung eine eigene Liste aufgestellt und dadurch ein Zusammengehen der ganzen Bürgerschaft unabhängig von jeder Parteistellung unmöglich gemacht hatte, haben die unterzeichnenden Parteien eine gemeinsame Liste verabredet, damit die rechten Männer zum Wohl der Stadt in die Stadtvertretung kommen.“<sup>54</sup> Eine ähnliche Situation ergab sich in Friedrichstadt. Hier hatten auf Initiative der DDP die Innung sowie der Beamten- und Bürgerverein eine Liste aufgestellt mit mehreren Männern an der Spitze, die schon in der alten Stadtverordnetenversammlung vertreten waren<sup>55</sup>. In Schleswig hingegen gab es zur Kommunalwahl vier Wahlvorschläge. Neben der Sozialdemokratie, mit Emil Brodkorb als Spitzenkandidat, wurden kurz vor dem Wahltermin drei Bürgerlisten präsentiert, die vom Beamtenbund und dem Bund der aktiven Unteroffiziere, dem Bürgerausschuß und der Innung sowie dem Wirteverein aufgestellt waren. Diese Listen waren aber zur Freude der Schleswiger Nachrichten, die in führender Position den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie anführte, untereinander verbunden. Welche Berufsgruppe aber nun die einzelnen Listen stützte, ist nur noch bedingt nachvollziehbar. In verschiedenen Wahlaufufen votierte z. B die Klempner- und Installateur-Innung für die Liste Müsch, während zugleich der Innungsausschuß und einzelne Handwerker für die von Justizrat Hein angeführte Liste, bei der sie anscheinend ihr nahestehende Kandidaten in vorderster Reihe untergebracht hatte, aufrief. Die Schleswiger Nachrichten bedauerten diesen offenkundigen Zwist, betonten aber, daß „man nun mit drei Listen leben müsse“. „Wählen ist die erste Bürgerpflicht“, Nichtwählen sei ein schwerer „Schaden für die bürgerliche Sache“.<sup>56</sup> Die Flensburger Sozialdemokraten setzten ihre Hoffnung darauf, daß die bisher

vergeblich geforderten, durch die bisherigen Mehrheitsverhältnisse in den Kommunalvertretungen aber bewußt hinausgezögerten Reformen etwa bei der Wohnungsbaupolitik oder der Jugend- und Sozialfürsorge in Angriff genommen werden konnten. In einem Artikel der Flensburger Volkszeitung hieß es: „Daß unser Zuwachs im Rathaus den bürgerlichen Herren nicht angenehm ist, wissen wir.“ Die heftige Kritik des Stadtverordnetenvorstehers Löhmann bezeichnete sie als „einzigen Schmerzensschrei darüber, daß die alten Privilegien verschwunden sind, daß auch andere Kreise einmal zu Wort kommen und ihren Wünschen Geltung verschaffen sollen“. Das sozialdemokratische Kommunalwahlprogramm dränge demgemäß auf Reformen, die angesichts der in Flensburg unzureichenden Wohnungssituation im Interesse der Allgemeinheit dringend notwendig erscheinen. „Nicht nur Bildungs- und Finanzwesen, Gesundheitspflege, Wohnungsfürsorge und Wirtschaftspflege, Sozialpolitik im allgemeinen und im besonderen Armen- und Waisenpflege sind im Interesse und nach den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung mit neuem Geist zu erfüllen, sondern es muß neben den zahlreichen sich neu bietenden Aufgaben auch endlich die immernoch verzögerte Kommunalisierung des Siedlungswesens begonnen und durchgesetzt werden.“<sup>57</sup> Obwohl die Partei bei den Reichstagswahlen seit 1890 in der Stadt, zum Teil sogar mit großem Vorsprung, die meisten Wählerstimmen erhalten hatte, reichte es bei den Kommunalwahlen am 2. März dennoch nicht zum erhofften Sieg. Das 24. Mandat, das wenigstens eine Pattsituation im Rathaus herbeigeführt hätte, ging äußerst knapp - nach dem Teilungsmodus des Wahlsystems mit 49.208 zu 49.333 an die Liste des Bürgervereinsausschusses - verloren.<sup>58</sup>

Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung (in %) und bei den Kommunalwahlen 1919 im Vergleich<sup>59</sup>

	Kommunalwahl			Nationalversammlung					
	SPD	%	Bürgerl.	%	SPD	DNVP	DVP	DDP	LP
Flensburg	11916	46,9	13390	52,7	56,2	5,2	7,7	17,3	0,8
Kappeln	303	28,7	751	71,3	31,1	3,2	15,0	50,3	-
Glücksb.	212	30,1	491	69,9					
Schleswig	2730	37,0	4511	63,0	35,8	4,1	14,7	44,9	-

Gegenüber dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar erlitt die SPD in Flensburg unverkennbar eine Niederlage, denn hier konnte sie immerhin noch 56,2 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Weit

abgeschlagen waren damals die DNVP mit 2,2 und die DVP mit 8,8 Prozent, während die liberale DDP mit 31,5 Prozent ebenso erfolgreich gewesen war. Nun aber hatten sich die Vorzeichen vollkommen verändert, die SPD erreichte nur noch 46,9 Prozent. Hervorzuheben ist die nur geringe Wahlbeteiligung, die jetzt bei ca. 65,5 Prozent lag und damit gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung um ca. 21,5 Prozent niedriger war. Somit hatte es die SPD vor allem in ihren traditionellen Arbeiterhochburgen im Norden und Süden (St. Johannis) nicht verstanden, ihre Stammwähler zu motivieren. Auch in Kappeln, der kleinen Stadt an der Schleimündung, wiederholte sich dieses Bild. Der Rückgang von 31,1 auf 28,7 Prozent für die SPD war indes nicht so kraß wie in der Fördestadt. In Schleswig indes gab es einen leichten prozentualen Anstieg für die SPD, trotz der um 16,9 Prozent niedrigeren Wahlbeteiligung (75,0 gegenüber 92,1 Prozent). Gegenüber den Januarwahlen hatten 2123 Wähler weniger (9364 gegenüber 7241) an der Abstimmung teilgenommen<sup>60</sup>.

Wahlergebnisse aus den Flensburger Wahllokalen<sup>61</sup>

	SPD	DDP	Bürgerv. Beamte	Kleinh.	Abst.	
Sophiesminde	1146	37	60	91	59	23
Apenrader Hof	985	88	149	140	43	57
Neust.Bierh.	951	24	89	58	24	33
Marien-Sch. IV	682	77	118	156	56	47
Bergeist	329	158	254	295	36	60
Hotel Duburg	537	101	258	212	76	52
Marien-Sch. II	623	68	138	178	73	45
Holst.Haus	655	94	143	46	89	45
Kaiserhof	381	221	221	168	46	66
Marien-Sch I	330	160	441	93	82	48
Hotel Union	260	149	610	190	74	45
Sanssouci	418	211	387	247	66	35
Stuhrs Allee	374	245	243	460	16	53
Mühlental	107	28	22	73	1	3
Dittmers Gasth.	534	170	145	211	61	30
Gasthof Anker	683	120	190	205	55	38
Hohenfriedberg	820	70	114	148	53	36
Zur Quelle	673	87	158	189	45	46
Nicolaisens Gasth.	543	158	284	207	82	59
Kreisbahnhof	337	220	233	474	63	46
Seewarte	279	52	126	70	5	12
Engelsby	269	50	59	25	12	11
Gesamt	11916	1753	4687	3936	1124	890

Trotzdem blieb die Flensburger SPD in 17 der 21 Wahllokale die stärkste politische Kraft und erreichte zum Teil hervorragende Ergebnisse wie in Sophiesminde (81 %), Apenrader Flof (67,0 %) oder im Holsteinischen Haus in der Norderstraße (61 %). Erwartet stark dagegen waren die bürgerlichen Gruppierungen im Westen der Stadt. Die Beamte-Liste erzielte im Wahllokal in der Stuhrsallee 30,3 Prozent und im Kreisbahnhof 34,5 Prozent, während der Bürgervereinsausschuß im Hotel Union mit 45,8 Prozent deutlich führte.

Hinsichtlich der gewählten Mandalsträger hatten Veränderungen nur begrenzt stattgefunden. Die SPD, von deren Abgeordneten Hans Thomsen, Wilhelm Harberlandt (jetzt Fraktionsführer), Ernst Erfurth, Paul Diez sowie der nur wenig später aus der Partei ausgetretene Waldemar Sörensen schon vor 1919 Mandate erobert hatten, schickte 18 neue Mitglieder ins Rathaus. Dem von Justizrat Löhmann angeführten Bürgervereinsausschuß gehörten sechs alte Kollegiumsmitglieder an. Ebenso gelangten beim Beamtenbund und auf der DDP-Liste je ein altgedienter Kommunalpolitiker in die neuen Fraktionen. Schwach vertreten waren die nach dem reformierten Wahlrecht erstmals wahlberechtigten und wählbaren Frauen. Für die SPD saßen die Ehefrauen Dora Saß und Elise Böttcher, beim Bürgervereinsausschuß Anna Kroymann, beim Beamtenbund Marie Heitmann und bei der DDP die Oberlehrerin Ida Marquardsen im neuen Stadtparlament.

Die bürgerliche Wahltaktik in Schleswig-Holstein hatte fast überall Erfolg, denn auch in den anderen Städten und Gemeinden vermochte sich die Sozialdemokratie, wie ein Blick auf die Mandatszahl bei den Kommunalwahlen verdeutlicht, allenfalls begrenzt durchzusetzen. In den meisten Mittel- und Kleinstädten war und blieb die SPD kommunalpolitisch isoliert.

Mandate bei den Kommunalwahlen in einzelnen Städten und Gemeinden im nördlichen Schleswig Holstein im Frühjahr 1919<sup>62</sup>

	Bürgerl.	SPD	DDP	DNVP	DVP	USPD	Andere
Flensburg	10	23		5			1 10*
Friedrichstadt	8	4					
Glücksburg	9	3					
Husum		8		3			5 (Beamte)
Kappeln	9	3					
Schleswig	19	11					
Süderbrarup	8	4					
Tönning	16	8					

\* Liste: Beamte 7, Kleinhändler 2, Abstinente 1,

\*\* Liste: Sörensen 9, Justizrat Hein 7, Müsch 3. + Mietervereinigung 12, Bürgervereinigung 11, Liste Hausbesitzer 5

### Widerstand in den Gemeindevertretungen

Nach dem neuen Kommunalwahlrecht waren auch in den Landgemeinden mit mindestens 44 wahlberechtigten Bürgern am 2. März 1919 neue Gemeindevertretungen zu wählen. Abgelöst durch das neue Verfahren wurde die bisherige überaus komplizierte Regelung, nach der die Gemeindevertretungen zusammengesetzt waren. Nicht nur die einzelnen Wählerstimmen waren zuvor unterschiedlich gewichtet, auch die Mandatsträger besaßen je nach sozialer Herkunft mehr Stimmkraft - zum Teil wurde ihre Stimme in den alten Kommunalvertretungen sogar dreifach gewertet. Damit waren die politischen Verhältnisse in den Dörfern und kreisangehörigen Städten im Sinne der konservativen Herrschaftsträger fest etabliert, und es war nur natürlich, daß diese gegen das neue Wahlrecht scharfen Protest erhoben. Unterstützt wurden sie dabei vom Deutschen Städtetag, der ebenso wie zahlreiche weitere Gemeindevertretungen förmlichen, wenn auch vergeblichen Protest gegen die per Gesetz verfügte Neuwahl erhoben hatte<sup>63</sup>. In zahlreichen kleinen Gemeinden im nördlichen Schleswig-Holstein mit nur geringer Wahlberechtigtenzahl wurde der Wahltermin vielfach ignoriert und auf das Fortbestehen der traditionellen Gemeindeversammlung gedrängt<sup>64</sup>. In Keelbek war die Unzufriedenheit sogar so groß, daß sich die 88 wahlberechtigten Bürger weigerten, entsprechende Listen aufzustellen. Landrat Wallroth wurde am 18. Februar 1919 schriftlich angekündigt, daß die Wahl hier verweigert würde. Wallroth war machtlos und seine wiederholten Aufforderungen an den Gemeindevorsteher Clausen (Tornschau) blieben folgenlos. Clausen mußte

vor allem die örtliche Oppositionsgruppe um seinen Stellvertreter Carstensen beruhigen. Als Kreistagsmitglied und guter Freund des Landrats geriet er in eine mißliche Situation. Aber auch Wallroths Interventionen blieben unbedeutend, so daß er vom Regierungspräsidenten extra aufgefordert werden mußte, den Widerstand persönlich zu brechen. Nur durch die Androhung, einen ortsfremden Aufsichtsbeamten in Keelbek einzusetzen, wurde die Bevölkerung letztlich zum Einlenken gedrängt, so daß die Wahl am 26. August - nach über fünf Monaten - endlich durchgeführt werden konnte<sup>65</sup>.

Auch in Juhlschau weigerte sich die Bevölkerung bis zum 1. September erfolgreich, die Gemeindevertretung neu zu wählen, und in Timmersiek versuchte die aus nur 38 Wahlberechtigten bestehende Dorfbevölkerung, das neue Wahlrecht mit einem Trick auszuhebeln. Hier wurde zwar ordnungsgemäß am 2. März gewählt, doch die Gemeindevertreterversammlung bestand aus 33 Mitgliedern. Ein vom neuen Gemeinderat ausgearbeitetes Ortsstatut, mit dem dieses abgesegnet werden sollte, konnte indes aus „rechtlichen Erwägungen“ nicht die Zustimmung von Landrat Wallroth finden<sup>66</sup>.

In den meisten anderen Gemeinden aber wurde eher nach Gemeinsamkeiten gesucht und nur eine Liste aufgestellt, wie etwa in Satrup oder den angrenzenden Dörfern Esmark und Obdrup. Konkurrierende Listen waren eher die Ausnahme. In Süderbrarup z.B. wollte die DDP, die sich mit 375 Mitgliedern als politisch stärkste Gruppierung am Ort bezeichnete, einer Einheitsliste nicht zustimmen und bezeichnete diese „als kampfloses Einschleichen einiger Kandidaten einer verschwindenden Minderheit, die man frei heraus als deutschnational bezeichnen kann“.<sup>67</sup>

## Die Kreistagswahlen im Mai 1919

Mit der am 18. Februar 1919 verkündeten Verordnung der preußischen Regierung sollte in der Provinz spätestens bis zum 4. Mai auch eine Neugestaltung der Kreistage erfolgen. Die bestehenden Kreistage sollten dementsprechend im Mai aufgelöst und dreißig Tage nach der erfolgten Wahl die neuen Kreis Ausschüsse gebildet werden. Zudem wurde eine anderweitige Verteilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände angeordnet<sup>68</sup>. Zwar wurde in dieser Verordnung ein Relikt der Kaiserzeit, der in den Landkreisen jeweils einen eigenen Wahlverband bildende „Wahlverband der Großgrundbesitzer“ aufgelöst. Die alten Wahlverbände der Städte und Landgemeinden, in denen eine festgelegte, an der Bevölkerungsgröße orientierte Zahl von Abgeordneten zu wählen war, aber blieben zunächst bestehen<sup>69</sup>. Somit wurden zwar erhebliche Ungerechtigkeiten wie im Landkreis Flensburg, in dem eine nur sehr gerin-

ge Zahl von Großgrundbesitzern - zum Teil nicht mehr als elf Wahlberechtigte - fünf Abgeordnete stellen konnte, abgestellt. Auch die Steuerleistung war nicht mehr Voraussetzung für die

Wahlberechtigung. Doch die den Kreisausschüssen überlassene Wahlverbands-einteilung ließen manchen Anachronismus fortbestehen und führte zu neuen Ungerechtigkeiten. Fiel z. B. auf eine Gemeinde nur ein Abgeordnetenmandat, so wurde dieses, wie in Glücksburg oder Kappeln geschehen, durch Abstimmung in der Gemeindevertretung ohne Mitwirkung der stimmberechtigten Bürger vergeben. Auch in größeren kreisangehörigen Städten wie z. B. in Schleswig wurden die Kreistagsmitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt, so daß nur noch in den Wahlverbänden der Landgemeinden abgestimmt wurde<sup>70</sup>.

Im Landkreis Flensburg traten vier unterschiedliche Listen an, auf denen sich nur Männer um ein Mandat für den neuen Kreistag bewarben. Die beiden landwirtschaftlichen Listen, die in der Hauptsache die konservativ-agrarischen Eliten repräsentierten, von denen einige wie Peter Jensen (Ausacker) oder Clausen (Tornschau) und Lassen (Langballig) schon im alten ständischen Kreistag vertreten waren, waren untereinander verbunden. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ verstand sich als mittelständische Interessenorganisation von Handel, Handwerk, Gewerbe, Beamten und Angehörigen der freien Berufe. Deren Kandidaten gaben vor, keiner politischen Richtung nahezustehen und bezeichneten sich sowohl als „Freunde der Landwirtschaft wie auch der arbeitenden Bevölkerung“. Sie traten jedoch an mit dem erklärten Ziel, die „bisherigen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Landwirtschaft zurückzudrängen, damit die einseitige Vertretung des Großgrundbesitzes, welcher herrschend war, fortfällt und daß sie auf ein billiges Maß zurückzubringen ist, und daß für alle bislang nicht vertretenen Teile der Bevölkerung die angemessene Vertretung erkämpft wird“, wie es im Wahlauf Ruf lautet<sup>71</sup>. Dieses Programm hinderte die Wirtschaftliche Vereinigung indes nicht daran, nach dem Wahltermin den agrarischen Kreistagslisten offiziell die Zusammenarbeit anzubieten<sup>72</sup>. Ebenso erstmalig kandidierte die SPD in drei der vier Wahlbezirke. Eine realistische Chance besaß sie aber nur im ersten Wahlbezirk, mit dem Flensburger Arbeitervorort Harrislee im Zentrum.

Da in den kleinen Landgemeinden die politische Linke nur geringe Chancen zur Entfaltung besaß, so sahen sich auch in den neuen Kreistagen die bäuerlichen und bürgerlichen Honoratioren in ihren traditionellen Machtpositionen bestätigt. In der Provinz erhielten die auf Einheitslisten kandidierenden bürgerlichen Abgeordneten 63,5 Prozent der Mandate, während der SPD und USPD nur 36,5 Prozent blieben<sup>73</sup>. Die Wahlen zum lauenburgischen Kreistag sahen z. B. die DNVP als großen Gewinner. Ebenso erfolgreich waren die konservativ-agrarischen

Kräfte im Flensburger Kreistag. Schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatte sich die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter- Demokratie mit mehr als einem Drittel der Stimmen als stärkste politische Kraft in Angeln erwiesen. Im gesamten Landkreis Flensburg erhielt die später als Landespartei bezeichnete Gruppierung 44,8 Prozent der Stimmen. Die SHBLD war eine agrarische Oppositionsbewegung, deren Ursprünge als „Schleswiger Bauernverein“ bis ins Frühjahr 1918 zurückreichten. Sie war eine Reaktion auf die als ungerecht empfundenen Zwänge der Kriegswirtschaft und die Revolution, stand im Januar 1919 unter der Führung prominenter Landwirte wie Detlev Thomsen (Winnert) und Willy Iversen (Munkbrarup) und griff im Wahlprogramm antisemitische Ressentiments auf<sup>74</sup>.

Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung im Kreis Flensburg<sup>75</sup>

	SPD	DNVP	DVP	DDP	SHBLD	USPD
abs.	4995	1074	1554	3486	9129	14
%	24,6	5,2	7,7	17,3	44,8	

Kreistagswahlergebnisse Kreis Flensburg am 54

5.1919<sup>76</sup>

Landw. Landw. Wirtsch. Liste 1 Liste 2 Vereinig.

SPD

1. Wb	1113*		383*	475*	821
2. Wb	660*		370*	756	399
3. Wb	1146		1181	-	-
4. Wb	392*		857*	614*	138
Gesamt	2615		2486	1835	1358

\* miteinander verbundene Listen.

Die SPD konnte bei den Kreistagswahlen zwar erstmals für den Arbeiter Nicolai Nielsen (Kupfermühle), den Kolonialwarenhändler Friedrich Weber (Harrislee-feld) und den Maler Christian Nissen (Sörup) drei Mandate erringen, davon zwei im ersten Wahlbezirk und ein weiteres Mandat im mittleren Angeln mit der Gemeinde Sörup als Zentrum. Doch trotz der 1358 Stimmen blieb sie mit nur 14,5 Prozent deutlich hinter dem agrarischen Lager, für das 7947 Wähler oder 85,4 Prozent votierten, zurück. Gegenüber dem Stimmergebnis bei den Nationalver-

sammlung war dies für die SPD kreisweit ein herber Verlust von 2380 Stimmen. Im vierten, die Gutsbezirke des östlichen Angeln umfassenden Wahlbezirk landete sie mit nur 138 Stimmen klar abgeschlagen. Hier dominierten die verbundenen landwirtschaftlichen Listen des Gutsbesitzers von Hobe und des Landwirts Clausen (Niesgrau), so daß die Mittelstandsliste trotz der 614 Stimmen hier ebenso nur ein Mandat erreichte. Insgesamt blieben für die Wirtschaftliche Vereinigung nur fünf Mandate übrig. Bemerkenswert ist überdies, daß die drei bürgerlichen/agrarischen Listen im ersten und vierten Wahlbezirk untereinander verbunden waren, wodurch vermutlich weitere sozialdemokratische Mandatsgewinne verhindert werden sollten.

Somit hatte sich an der alten Machtverteilung im Kreistag fast nichts geändert. Auch die Hoffnungen der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ wurden nicht erfüllt, vor allem konnte sie ihr Wahlziel, die Macht der alten, auf unterschiedlichen landwirtschaftlichen Listen kandidierenden konservativen Honoratioren, die 13 Sitze gewannen, nicht brechen. Die Mandate der Wirtschaftlichen Vereinigung wurden zudem später der DNVP, der christlichen Volkspartei, dem Bauernbund, der DVP und DDP gutgeschrieben, d. h., daß die Abgeordneten trotz anderslautender eigener Bekundungen doch parteipolitisch gebunden waren.

Einzelergebnisse aus dem vierten Wahlbezirk (östl. Angeln)<sup>77</sup>

	Liste v. Hobe	Liste Clausen	Wirtsch. Vereinig.	SPD	SPD	zum Vergleich (NV)			SHBLD
						DNVP	DVP	DDP	
Gelting	47	41	79	14	127	24	41	109	166
Rabel	33	29	18	19	60	16	18	101	25
Mehlby	3	57	52	54	3	16	42	136	14
Hasselberg	10	32	10	-					
Maasholm	1	3	122	2	152		2	108	2
Stutebüll	7	41	32	-					
Töstrup	4	27	-	-					

Gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung hatte die SPD im Kreis Flensburg einen schweren Rückschlag erlitten, denn im Januar hatte sie hier noch 24,6 Prozent erreicht. Besonders gravierend war der Rückgang im vierten Wahlbezirk, aus dem einige Einzelergebnisse vorliegen. In Rabel verlor sie 27 Stimmen, in Mehlby blieben von ehemals 133 nur noch drei Stimmen übrig, in

Gelting betrug der Verlust 20 Stimmen. Ebenso katastrophal war das Abschneiden in Maasholm, wo im Januar noch 152 Wähler für die SPD votiert hatten, ihr jetzt aber nur noch ein Wähler seine Stimme gab. Die DDP hatte seinerzeit 108 Stimmen erzielt, und für die DVP und die in Angeln sonst so erfolgreiche SHBLD hatten nur zwei Wähler gestimmt. Demgegenüber standen nunmehr 122 Stimmen für die kleinbürgerliche Wirtschaftliche Vereinigung. Der von Rudolf Heberle Anfang der dreißiger Jahre erstmals konstatierte „Rechtstrend“ in Maasholm, der kleinen Fischergemeinde am Ausgang der Schlei, in der die NSDAP 1932 überdurchschnittliche Erfolge aufwies, schien demnach bereits im Mai 1919 eingesetzt zu haben<sup>78</sup>. Ebenso unverändert blieben die Machtverhältnisse im Kreistag von Rendsburg, in dem die unterschiedlichen bürgerlichen und der Landwirtschaft nahestehenden Listen 13 Sitze erreichten, die SPD kam nur auf sieben und die USPI) auf zwei Sitze, während im Landkreis Bordesholm die SPD elf, USPD zwei und die Land- wirtschaftsliste 10 Mandate eroberte<sup>79</sup>. Das gleiche Bild ergab sich im Kreis Schleswig. Hier ist die Situation sehr unübersichtlich, weil in den sechs Wahlbezirken des Wahlverbandes der Landgemeinden teilweise bis zu sechs unterschiedliche Listen miteinander konkurrierten und leider keine Wahlergebnisse vorliegen. Nur in der Stadt Schleswig konnte die SPD in der von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen offenen Wahl für die Besetzung der der Stadt zustehenden Mandate drei Sitze erobern. Auch im Wahlbezirk Süderbrarup schien die SPD ein Mandat erreicht zu haben, denn hier hatten sich alle Gruppierungen zuvor verständigt, jeweils einen Landwirt, einen Gewerbetreibenden und einen der SPD angehörenden Arbeiter auf sicheren Listenplätzen unterzubringen. Ebenso reichte es im vierten Wahlbezirk (Nübel, Moldenit, Ulsnis, Tolk und Gulsbezirk Farenstedt) zu einem Mandat. Mandatsträger wurden Zugführer Bauch (Schleswig), Klempner Karl Kolar (Schleswig), Gastwirt Heinrich Paulsen (Schleswig), Maschinenbauer H. Flüh (Böklund) und Landmann Henning Bornhold (Süderbrarup). Die anderen 22 Mandate verteilten sich auf die unterschiedlichen, zum Teil miteinander verbundenen Landwirtschafts- bzw. Beamten- und Handwerkerlisten. Dabei stellten die Landwirte mit 14 Abgeordneten mehr als die Hälfte der Mitglieder im neuen Kreistag. Weiterhin vertreten waren je ein Maschinenbauer, Lehrer, Kaufmann, Gastwirt und Beamter drei Arbeiter bzw. Handwerker, die Bürgermeister von Schleswig und Friedrichstadt, Behrens und Voß, sowie die Stadträte Kruse (Kappeln) und Stehn (Schleswig)<sup>80</sup>.

Insgesamt erhielten SPD und USPD zusammen bei den ersten Kreistagswahlen in der Provinz 1919 von 490 Mandaten nur 23,3 Prozent, obwohl sie absolut mit 36,5 Prozent der Stimmen weit besser abgeschnitten hatte. Die bürgerlichen und bäuerlichen Gruppierungen kamen bei 63,5 Prozent Stimmenanteil auf 76,6

Prozent der Mandate<sup>81</sup>.

Zwar gelangten einzelne Sozialdemokraten in die zuvor nur von landwirtschaftlichen und bürgerlichen Honoratioren beeinflussten Kreisausschüsse, doch blieben sie auch dort insgesamt in der Minderheit. Dieser „Rechtstrend“, der sich auch bei den Reichstagswahlen deutlich 1920/21 zeigte, wiederholte sich bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1921. Da bei dieser Wahl die Wahlbezirke neu eingeteilt worden waren, fürchteten insbesondere die konservativen Kreise Angelns um ihre angestammten Machtpositionen, wie Landrat Wallroth in einem Bericht an den Regierungspräsidenten beklagte. „Erhebliche Mißstimmung“ in der Bevölkerung habe sich ausgebreitet, da nach dem neuen Wahlverfahren die westlichen Distrikte inklusive der Stadt Glücksburg erheblich bevorteilt worden seien. Ebenso hätten die Dänen ihr Mandat auch nur dem reformierten Wahlverfahren zu verdanken. Warnend wies er daraufhin, daß die bisher mühsam hergestellte Kooperation zwischen den Bewohnern der Geestdistrikte und Angelns wieder zerbrechen würde. Überaus negativ bewertete er den Tatbestand, daß unerfahrene Männer auch über die mittelständische Liste in den Kreistag gelangt seien („berüchtigte Schreier und Krakeeler“) und die kontinuierliche Arbeit erschweren würden<sup>82</sup>.

Trotz dieser Gegensätze jedoch waren wie schon zwei Jahre zuvor die Wählergruppierungen wieder Listenverbindungen gegen die SPD eingegangen. Im Kreis Flensburg votierten 59,7 Prozent für die konservativ-agrarische „Einheitsfront“ und 16,3 Prozent für die überwiegend von Landwirten aus Klein- und Mittelbetrieben sowie Gewerbetreibenden gebildete Mittelstandsliste. Damit verteidigten diese beiden Gruppierungen ihre zwei Jahre zuvor gewonnenen 17 Mandate. Für die SPD blieben trotz des Zuwachses von ca. 1300 Neuwählern gegenüber 1919 nur 17,4 Prozent, sie gewann jedoch ein Mandat hinzu. Die USPD erhielt 2,5 und die KPD 0,7 Prozent. Somit konnten Peter Furcht (Harrislee) und Christian Nissen (Sörup) ihr Mandat verteidigen, während der Maurer Hans Thomsen (Glücksburg) und der Oberschweizer Bernhard Noack (Oestergaard) neu in den Kreistag einzogen. Der erstmals kandidierende dänischgesinnte Schleswigsche Verein, für den der Harrisleer „Landmann“ Heinrich Duggen das Mandat erhielt, kam auf 4,3 Prozent.

Im Kreis Schleswig votierten 61,8 Prozent der Wähler für die bürgerlich-konservative Liste „Stadt und Land“, die sich damit 18 Mandate sicherte. 7,8 Prozent stimmten für die Beamtenliste, die zwei Sitze erhielt, während die SPD gegenüber 1919 ein Mandat hinzugewann und 23,7 Prozent erreichte. Für die USPD blieben 5,9 Prozent. Die SPD-Fraktion wurde repräsentiert vom Klempner Karl Kolar, dem Kassenboten Hinrich Jöhnk und dem Schlachter August Höft (alle aus Schleswig) sowie von den Landarbeitern Alfred Gosch (Bergenhusen) und

Ludwig Röhrdanz und dem aus Friedrichstadt stammenden Mechaniker Hermann Franzen.

Ergebnis der Kreistagswahlen vom 20. 2. 1921 und Mandatsverteilung in den Kreisen Flensburg und Schleswig<sup>83</sup>

Kreis Flensburg	Mandate		Kreis Schleswig	Mandate	
Einheitsfront	10135	13	Stadt u. Land	15681	16
Mittelstand	2776	4	Beamte	2010	2
SPD	2959	4	SPD	6073	6
USPD	421	-	USPD	1508	1
Schlesw. Verein	573	1	-		
KPD	118	-	KPD	179	-

Das SPD-Ergebnis in Schleswig-Holstein blieb jedoch weit hinter den selbstgesteckten Erwartungen zurück. Von 262 Mandaten erreichte sie nur 38 Prozent. Darüber hinaus gelang es ihr nicht, sich auf der untersten Ebene, in den Ämtern politisch zu behaupten. Hier stellte sie z. B. nur 4,9 Prozent der 1921 neu gewählten Amtsvorsteher<sup>84</sup>. Im Kreis Flensburg wurde ihr trotz der klaren Unterlegenheit zwar ein Sitz im Kreisausschuß zugestanden, und angesichts der großen sozialen, ökonomischen und politischen Probleme und der Herausforderung durch befürchtete dänische Einflüsse waren die Parteien und Wählergruppierungen trotz der Differenzen zwar bereit, miteinander auszukommen und notwendige Beschlüsse gemeinsam zu tragen. Mit dem Ziel, die Sozialdemokratie von der Verantwortung auszuschließen, hatte sich jedoch ungeachtet solcher lokalen Kooperationen im konservativ-nationalen Bürgertum und in der konservativen Landbevölkerung frühzeitig ein neues und erfolgreiches Selbstbewußtsein gegen die Republik entwickelt. Sozialistenfurcht und die letztlich unbegründete Angst vor einer Diktatur des Proletariats trugen erheblich zur Mobilisierung und politischen Aktivierung bei, die erstmals beim Kapp-Putsch 1920 auch in Schleswig-Holstein ins Aggressive und Militante umschlug<sup>85</sup>.

#### Anmerkungen

1. Schlagzeile eines Artikels im Schleiboten vom 8.3.1919.
2. Ebd.
3. Vgl. hierzu zusammenfassend aus der Vielzahl der bisher erschienenen Literatur den

- Überblick von Gordon A. Craig, Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1980, S. 289-345. bes. S. 337 f.
4. Im Schleiboten am 2.10.1918 erschien folgende Anzeige: „Soll die Stahlmauer im Westen ein Loch bekommen, durch das sich der Feind ins Land wälzen kann? Nein! Zeichne die neunte Kriegsanzleihe!“
  5. FNZ 17.10.1918.
  6. Für Flensburg beispielhaft: Britta Nikolai. Die Lebensmittelversorgung in Flensburg 1914-1918. Zur Mangelwirtschaft während des Ersten Weltkrieges, Flensburg 1988.
  7. Schleibote 17.10.1918.
  8. FLNZ 16.10.1918 mit Leitartikel unter der Überschrift „Lever düüd as Slav!“
  9. So z. B. in Flensburg auf einer Volksversammlung mit dem Arbeitersekretär und späteren Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, Peter Michelsen am 25.10. 1918 (FN 26.10.1918 und FVZ 26.10.1918)
  10. FN 20.10.1918.
  11. Schleibote 6.12.1918.
  12. Zit. nach Chronik des Kirchspiels Handewitt, Leck 1990, S. 176. Lindemann war Pastor in Handewitt von 1893 bis 1919 und mit den Vorgängern in seinem Amtssprengel bestens vertraut.
  13. Vgl. die Heimkehrerfeiern in Gelting, Kappeln, Rabel und Satrup (Schleibote 13.1.1919, 24.1.1919, 27.2.1919, 19.3.1919) und Neukrug bei Husby (FN 26.3.1919).
  14. Schleibote 26.11.1918
  15. Ebd. 6.12.1918.
  16. Ebd. 24.2.1919.
  17. Ebd 6.1.1919.
  18. SN 22.2.1919 und 12.5.1919.
  19. Ebd. 6.3.1919 in einem Artikel über die „Milchnot“ im Kirchspiel Quern, die mit nur noch 1/8 1 täglich pro Person einen „fast beängstigenden Grad erreicht“ habe.
  20. So für den Landkreis Flensburg: Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919-1933), Flensburg 1986, Bd. 1, S. 91 f.
  21. Kreisblatt Flensburg Nr. 75, 27.11.1918 mit Aufruf zur Bildung der Räte und einer Beschreibung der Tätigkeit.
  22. Vgl. hier die Kriegschronik von Pastor Lindemann, wie Anm. 12.
  23. Schleibote 16.4.1919. Die genaue Bezeichnung des Verbandes war seit 1906 „Zuchtbezirk Angeln im Verband Rote Schleswiger“, 1977 umbenannt in „Verband der Angler Rinderzüchter“.
  24. Fritz Jensen, Dorfbuch Füsing, Flensburg 1980, S. 172f; Schleibote 28.4.1919 und 7.5.1919 (Aufruf von Peter Garling, Beigeordneter bei Landrat Wallroth, an die Ortsbauern- und Landarbeiterräte, für die freiwilligen Vereinbarungen mit einem Garantierpreis von 40 Pfennig pro Ei zu werben).
  25. Schleibote 29.1.1919 und 1.2.1919.
  26. Ebd. 12.2.1919.
  27. Schleibote 18.2.1919.
  28. Ebd. 14.4.1919.

29. Ebd. 4.2.1919; vgl. zur weiteren Berichterstattung darüber die regionalen Zeitungen.
30. SN 7.6.1919.
31. LAS 301 Nr. 2433 (Bericht vom 30.10.1919).
32. LAS 320 FL, Nr. 757 ( Bericht und Beschwerdebrief vom 3.5. und 26.5.1919).
33. Ebd. (Bericht vom 13.6.1919 und vergebliche Gesuche an Landrat Wallroth auf Hilfestellung vom 30.1. und 5.2.1919). Übereine Holzauktion in Satrap berichtete der Schleibote am 6.3.1919, daß der Verkauf eher „einem Kampf“ ähnelte, und die Preise gegenüber der Zeit vor 1914 um ca. 400 % höher lagen.
34. Aufruf dazu im Schleiboten, 10.12.1918.
35. LAS 301 Nr. 2444 (Bericht vom 22.7.1919).
36. Ebd. (Bericht des Itzehoer Landrats vom 1.7.1919, in dem darauf hingewiesen wurde, daß für den Kreis Steinburg 805 Gewehre, Modell 98 und je 40 Patronen pro Mann im Lockstedter-Lager (Kreis Steinburg) abholbereit vorliegen würden).
37. Zu den Einwohnerwehren allg. Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt 1978, S. 384 ff; zur Situation in Kappeln: S. 389 f sowie LAS 309 Nr. 8320 und LAS 320 SL-L Nr. 135 (Bericht Landral Weither vom 23.8.1919).
38. LAS 320 SL, Nr. 135 (Bericht Amtsvorsteher in Erfde vom 11.4.1919).
39. Vgl. zu den Einwohnerwehren in Schleswig-Holstein; WolfGehrmann. I )ie Selbstschutz verbände zu Beginn der Weimarer Republik in Schleswig-Holstein und ihre Beziehung zum Kapp-Putsch. Ex. Arb. Kiel 1985 sowie einführend: Jochen Bracker, Einwohnerwehren in Schleswig-Holstein, in ZSHG 99 (1974), S. 255-270. Das Erbe der Wehren trat für kurze Zeit bis zum Verbot im Herbst 1920 auch in der Provinz die rechtsradikale Organisation Escherich (Orgesch) an, deren Mitglieder später in anderen rechtsradikalen, völkisch-nationalen Gruppierungen wie dem „Bund Wiking“, dem „Wehrwol“, dem „Jungdeutschen Orden“ oder dem „Stahlhelm“, den Vorläuferorganisationen der SA und der NSDAP auftauchten. Zur Orgesch im Kreis Flensburg: Hein-acher, S. 137 ff.
40. Einen hervorragenden Überblick über die komplizierten Verhältnisse bei den Kommunalwahlen in Flensburg vermittelt die Studie von Dieter Pust, Politische Sozialgeschichte der Stadt Flensburg. Untersuchungen zur politischen Führungsheihte Flensburgs im 18. und 19. Jahrhundert, Flensburg 1975, bes. S. 134 ff. Vgl. auch: Rainer Paetau, Konfrontation und Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988, S. 119 ff. Zum reformierten Kommunalwahlrecht 1919 vorzüglich einleitend: Hansjörg Zimmermann, Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie, Neumünster 1978, S. 175 ff.
41. Pust, S. 329.
42. Nach: Preußische Gesetzessammlung 1919, Nr. 6, S. 13 f.
43. FN 4.3.1919.
44. FN 3.3.1919.
45. FN 26.2.1919.
46. FN 28.2.1919.

47. SN 1.3.1919.
48. FVZ 26.2.1919.
49. FVZ 20.2.1919.
50. Zimmermann, S. 178.
51. Zimmermann, Wählerverhalten, S. 179.
52. Hansjörg Zimmermann, Die Sozialdemokratie im Kreis Herzogtum Lauenburg von den Anfängen bis 1933, in: Rainer Paetau, Holger Rüdell (Hg.) Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert. Neumünster 1987, S. 217-254, S. 247.
53. Schleibote 6.2.1919 und 19.2.1919.
54. Ebd. 24.2.1919.
55. SN 17.2.1919. In Sörup hingegen wurde mit dem Ziel, eine Politisierung der Gemeindeversammlung zu verhindern, nur eine gemeinsame Liste unter Einschluß der Sozialdemokratie präsentiert. Dies jedoch war anscheinend eine der wenigen Ausnahmen.
56. SN 1.3.1919.
57. FVZ 28.2.1919.
58. FVZ 7.3.1919.
59. Vgl. FN 3.3.1919, SN 3.3.1919 und Schleibote 6.3.1919 sowie Heinacher. S. 106.
60. Zahlen nach: SN 3.3.1919 sowie Theo Christiansen, Schleswig 1836 bis 1945. Eine Stadt und ihre Bürger, Schleswig 1981, S. 60.
61. FN 3.3.1919.
62. Die Zusammenstellung erfolgte nach FN 3.3.1919, FVZ, 3.3.1919, Schleibote 3.3.1919 und Zimmermann, Wählerverhalten S. 190 und kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da die Quellenlage überaus lückenhaft ist. Vollkommen außer Betracht bleiben die Landgemeinden, für die die Überlieferung nach Zimmermann noch „schlechter“ ist.
63. Bericht darüber im Schleiboten 12.3.1919.
64. LAS 320 FL Nr. 1838 (Bericht Landrat Wallroth vom 18.2.1919).
65. Ebd.(Briefwechsel vom 26.2.1919, 2.3.1919, 4.4.1919, 9.5.1919, 14.5.1919, 24.5.1919, 5.7.1919, 20.7.1910, 1.6.1919); KA SL-FL Abt. D 3, Nr. 5 (Protokollbuch der Gemeinde Keelbek mit Eintragungen am 14.5.1919, 31.5.1919, 19.7.1919, 2.9.1919); Vgl. auch: Dieter Pust, Erster Weltkrieg-Revolution-Abstimmung, in: Der Landkreis Flensburg, hg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Band 1, Flensburg 1981, S. 69-88, bes. S. 84 ff.
66. LAS 320 FL. Nr. 1838 (Berichte vom 17.3.1919, 29.4.1919, 25.7.1919, 31.10.1919).
67. Schleibote 15.2.1919 und 7.3.1919.
68. Preußische Gesetzessammlung 1919, Nr. 10, S. 23-26.
69. Die Änderung, daß der gesamte Kreis nur noch einen Wahlbezirk bildete, trat erst am 3.12.1920 in Kraft.
70. Vgl. Verordnung, betreffend die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnungen vom 18. Februar 1919, abgedruckt in: Preußische Gesetzessammlung 1919, Nr. 10, S. 23 ff.
71. Wahlaufwurf im Schleiboten 2.5.1919 sowie FN 2.5.1919.

72. Schleibote 27.5.1919. Dieser Beschluß wurde auf einer Versammlung am 25.5. in B redegatt gefaßt.
73. So auch Rietzler, S. 106; Dagegen: Zimmermann, Wählerverhalten S. 189 ff, der für Ratzeburg, Mölln, Lauenburg und Schwarzenbek resümiert, daß die alten konservativen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen beseitigt waren. Sozialdemokratische Mehrheiten jedoch kamen auch nicht zustande, es ergab sich ein leichtes bürgerliches Übergewicht.
74. Vgl. Heinacher, S. 101 ff sowie zum spezifischen schleswig-holsteinischen I Liberalismus der Landespartei und zur Person ihres Geschäftsführers, des späteren NSDAP-Gauleiters Hinrich Lohse: Kurt Rietzler, Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982, S. 93 ff.
75. Nach: FN 20.1.1919.
76. Kreisblatt Flensburg 28.4.1919 und 13.5.1919.
77. FN 20.1.1919, Schleibote 20.1.1919 und 5.5.1919.
78. Vgl. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 1932, Stuttgart 1963, S. 79.
79. FVZ, 10.5.1919, LAS 320 FL Nr. 1706 (Bericht LR Wallroth vom 20.5.1919). Kreisblatt Flensburg 28.4.1919 und 3.5.1919) Vgl. auch: Der Landkreis Flensburg, Bd. I, Flensburg 1981, S. 421.
80. SN 22.5.1919; Kreisblatt Schleswig 12.6.1919.
81. Nach LAS 309 Nr. 4948, vgl. auch SN 22.5.1919.
82. LAS 320 FL Nr. 1706 (Bericht Landrat Wallroth vom 18.3.1921).
83. Kreisblatt Flensburg, 28.2.1921; Kreisblatt Schleswig 7.3.1921.
84. LAS 320 FL Nr. 1706 (Beilage zum Bericht LR Wallroth vom 18.2.1921).
85. Vgl. zum Kapp-Putsch zuletzt: Matthias Schartl, Landräte und Kapp-Putsch 1920 im nördlichen Schleswig Holstein, in: DG VIII (1993), S. 173-204.

# Von Eckersberg bis Nolde

Künstler aus Nordschleswig 1800- 1920\*

von JÜRGEN OSTWALD

Übermorgen wird um 19.00 Uhr von Bundeskanzler Vranitzky im Kunstforum der Bank Austria in Wien, der führenden Bank Österreichs, eine mit fast 200 Arbeiten sehr reich bestückte Ausstellung mit Werken von Emil Nolde eröffnet. Seit Jahrzehnten ist Emil Nolde ein auf allen fünf Kontinenten gern vorgestellter Künstler. Und erst kürzlich wurden für zwei Museen in Japan Gemälde Noldes erworben.

Die Wiener Ausstellung wird wieder einmal den Eindruck bestätigen, daß Emil Nolde - zumindest im Ausland - der bekannteste deutsche Maler überhaupt ist, und überall, wo Ausstellungen gezeigt werden, ist die Überraschung perfekt. So wird sein Werk stets aufs neue als Parameter der Moderne entdeckt.

Auch bei uns ist er seit Jahrzehnten populär, obwohl mehr als ein Menschenalter seit seinem Tod verstrichen ist. Diese Popularität gründet auf der dauerhaften Zeitgenossenschaft und thematischen Aktualität seines Werks. Aktuell ist auch das Werk anderer deutscher Künstler dieses Jahrhunderts, doch populär wie Nolde sind sie nicht. Max Beckmann ist zu intellektuell, Ernst Ludwig Kirchner zu psychologisch, Joseph Beuys zu mystisch.

Die Wiener Ausstellung wird mit den Werken Noldes auch wieder die Frage nach dem Verhältnis des Malers zu seiner Heimat aufwerfen, zum künstlerischen Problem der Herkunft aus Nordschleswig.

„Selbst bin ich der Meinung“ - so Nolde, daß meine Kunst trotz Reisen überall hin, tief im Heimatboden wurzelt, in dem schmalen Lande, hier zwischen den beiden Meeren.“

Die immer wiederholten Antworten auf die Frage nach der Bedeutung, dem Ausmaß, dem Sinn von Herkunft und Heimat sollen hier nicht nochmals wiederholt werden.

Nur zu zwei unserer ausgestellten Werke Noldes einige Bemerkungen:

Das Gemälde „Figuren und Blumen“ stellt vor die geliebten heimatlichen Bego-nien zwei holzgeschnitzte Figuren, eine dunkle ebenholzfarbige kultische

---

\* Einführungsworte zur Eröffnung der Ausstellung „Von Eckersberg bis Nolde“ im Kieler Schloß am 4. Dezember 1994. - Die Abbildungen wurden dem von Jürgen Ostwald erarbeiteten Ausstellungskatalog entnommen (Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens & Co., Heide 1994, 112 S., 94 Abb.).

Schnitzfigur aus Neuguinea, die Nolde auf seiner Südseereise kurz vor dem Ersten Weltkrieg erworben hatte, daneben eine kalkweiß gefaßte Mädchenfigur aus Holz von eigener Hand.

Nolde nimmt hier ein altes Thema der abendländischen Kunst seit der Renaissance auf, das Thema des Wettstreits der Künste, das Paragone-Thema. Doch überführt er es bewußt oder unbewußt, auf alle Fälle selbstbewußt, in eine neue Dimension: in die der Weltkunst. Das Bildthema ist der Wettstreit der eigenen mit der außereuropäischen Kunst der Primitiven.

Von hier aus, von der Begegnung mit der fremden Kunst und ihrer Anverwandlung im Eigenen ist das, was Nolde als Heimat benannt hat, zu verstehen. Zurück in die Heimat selbst! Eine der bekanntesten Lithographien Noldes, die auch in unserer Ausstellung gezeigt wird, ist die „Große Mühle“. Sie entstand in der Zeit, als Nolde in den Jahren nach der Jahrhundertwende auf der Insel Alsen wohnte. Die Mühle stellt, was, soweit ich sehe, nie erwähnt wird, die Mühle von Düppel in Nordschleswig dar.

Die Mühle von Düppel war im deutsch-dänischen Krieg von 1864 heftig umkämpft und gehörte um 1900 zum Bildrepertoire der deutschen Reichsmythologie.

Die Bedeutung der Düppel-Mühle war Nolde natürlich damals gegenwärtig, doch das Blatt wie auch verwandte Darstellungen Noldes von der Gegend um Sonderburg und Alsen kommen ohne jede Konnotation der alten Kriegsereignisse aus, weil der Künstler an Mitteilungen dieser Art gänzlich uninteressiert war.

Ganz anders jene Künstlergruppe, die unter der Bezeichnung Ekensunder Künstlerkolonie bekanntgeworden ist.

Einige ihrer Maler, Heinrich Rasch, Anton Nissen, Johann Knut/ stammten wie Nolde aus Nordschleswig. Ihre Werke sind in unserer Ausstellung präsent.

Was sie gemeinsam mit Berliner, Düsseldorfer oder Münchner Malern besonders seit den 1890er Jahren in Ekensund, dem kleinen Fischer- und Ziegeleiort bei Sonderburg Sommer für Sommer zusammenführte, war jene Wiederentdeckung der Provinz-Landschaft, die sich aus dem 'Los-von-Berlin'-Ressentiment herleitete.

Bemerkenswert ist, daß Emil Nolde und die Ekensunder über lange Jahre gemeinsam während der Sommer-Monate in der Gegend um Sonderburg lebten und malten, ohne je irgend in Berührung zu kommen, weder persönlich noch künstlerisch.

Der Grund dafür, daß sie einander nicht begegneten, ist folgender: Die Kunst der Ekensunder war auf Bewahrung von Heimat und damit auf die Vergangenheit gerichtet, während Noldes Kunst Tradition anverwandelte und in die Zukunft blickte.

Bei ihm, und im Vergleich mit den Ekensundern nur bei ihm, wurde die Chance des Grenzlandes wahrgenommen, dänische und deutsche Einflüsse gleichermaßen zu assimilieren.

Nolde besuchte nämlich um 1900 Kopenhagen und lernte dort die neuen Maler der dänischen Kunst kennen: Jens Ferdinand Willumsen, Niels Skovgaard, Viggo Johanssen, Wilhelm Hammershøj und den noch heute unterschätzten Ejnar Nielsen.

Einige Jahre zuvor, 1890, als die dänische Moderne ihre ersten Gehversuche schon unternommen hatte - übrigens früher als in Deutschland - war in Kopenhagen Heinrich Hansen gestorben, der über lange Jahrzehnte den Unterricht an der Kunst- Akademie geleitet hatte.

Es ist Heinrich Hansens Verdienst, den dänischen Historismus, den sogenannten Rosenborgstil, mitbegründet zu haben. Hansens kunstgewerbliche Entwürfe für Möbel, Porzellanservice und Silberarbeiten legten das Fundament für die handwerkliche und entwerferische Akkuratessse des dänischen Design. Ohne seine jahrzehntelangen Vorarbeiten auf diesem Gebiet wäre etwa der Überraschungserfolg des dänischen Jugendstilporzellans auf der Pariser Weltausstellung von 1900 nicht denkbar gewesen.

Während Hansen seit den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dänisch gesinnter Maler war und blieb - wohl deshalb kennen wir ihn hierzulande höchstens dem Namen nach -, wandte sich sein bedeutendster Schüler Heinrich Heger - er stammte wie Hansen aus Hadersleben in Nordschleswig - nach Deutschland. Stil und Handschrift bei beiden Architekturmalern ist gleich, das Thema verschieden.

Unsere Ausstellung gibt den Beweis: Während Hansen sich der Wiederentdeckung der dänischen Renaissance, besonders im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Frederiksborgs, widmete, wandte sich Heger der deutschen Romantik, Gotik und Renaissance zu. Man betrachte dazu in unserer Ausstellung Hansens Winterstube auf Schloß Rosenborg mit Christian IV., dem populärsten dänischen König, und Hegers Fredenhagenzimmer aus Lübeck, ein Musterbeispiel deutscher Renaissance-Schnitzkunst.

Obwohl die Werke Hansens und Hegers verwechselbar scheinen, sind sie doch bei genauerer Betrachtung zuzuordnen: Hanses Motive und Vorwürfe sind der dänischen Reichsgeschichte verpflichtet, Hegers der deutschen.

So läßt sich an diesen beiden Malern der Bruch zeigen, den die nationalpolitischen Auseinandersetzungen um die Jahrhundertmitte vorgezeichnet hatten. Schleswig-Holsteiner und deutsch gesinnte Nordschleswiger besuchten nach 1848 die Kopenhagener Akademie nicht mehr.

Als Hansens Lehrtätigkeit an der Kopenhagener Akademie in den frühen fünfzi-

ger Jahren erstmals Wirkung zeigte, starb 1853 Christoffer Wilhelm Eckersberg, den man den 'Vater der dänischen Malerei' genannt hat und der das sogenannte 'Goldene Zeitalter' der dänischen Malerei, die Kunst des dänischen Biedermeier, um 1820 begründete. - Eckersberg und das 'Goldene Zeitalter' sind gerade in mehreren Ausstellungen in Kopenhagen gefeiert worden.

Als Künstler dachte Eckersberg in europäischen Horizonten, nicht umsonst war er Schüler von Jacques Louis David in Paris gewesen. Schon während seiner Lehrzeit machte er sich an die großen gesamteuropäischen Themen des sentimental Klassizismus. Unsere Ausstellung zeigt eines: Der Abschied Hektars von Andromache (im Katalog noch unter dem alten, aber falschen Kunsthallentitel 'Hannibals Schwur').

Die nationalpolitischen Auseinandersetzungen der dreißiger, besonders der vierziger Jahre waren Eckersberg rätselhaft; als Gesamtstaatler alter Herkunft und Gesinnung verstand er sie nicht.

So sind beide Protagonisten unserer Ausstellung, Eckersberg und Nolde, von den nationalen Auseinandersetzungen, die die Geschichte Schleswig-Holsteins im 19. Jahrhundert schüttelten und in ganz neue Bahnen lenkten, merkwürdig unberührt geblieben.

Und noch eines verbindet sie, was das obige miterklärt: ihre unmittelbare Herkunft aus dem ländlich-bäuerlichen Milieu und ihre Ausbildung im kleinstädtischen Handwerk. Nolde war Lehrling bei dem Flensburger Möbelfabrikanten Sauermann und Schüler in dessen Schnitzschule in Flensburg. Eckersberg war Lehrling bei dem künstlerisch ambitionierten Malermeister Jes Jessen in Apenrade und lernte dort erst Farbenreiben und Farbbeutelchen wässern (Tuben gab es ja noch nicht), bevor er zu Porträtaufträgen zugelassen wurde, ähnlich den beiden Porträts von Jes Jessens Hand, mit denen wir unsere Ausstellung beginnen. Jessens Porträts stammen aus dem Scheidejahr der europäischen Geschichte, 1789, eine zufällige, aber für unsere Ausstellung willkommene Pünktlichkeit. Von hier aus, von 1789, führt der Bogen bis 1920, bis zum Jahr der Volksabstimmung in Schleswig.

Wenn man die Wahrheit der nordschleswigschen Kunst in einer Nuß haben möchte, so läßt sich zusammenfassen: bei Eckersberg gesamtstaatliche Einheit bei europäischer Perspektive, bei Hansen und Heger nationales Auseinanderfallen in dänische und deutsche Richtungen, bei Nolde Aufhebung der nationalen Gegensätze zugunsten einer selbstformulierten Weltkunst.

36 Künstler der Region werden vorgestellt. Gewiß erreichen nicht alle eine künstlerische Qualität und Höhe, wie man sie hier in der Landeshauptstadt wohl zu sehen gewohnt ist. Aber da jede Region ein Recht auf einen eigenen historischen Rückblick hat, gebietet es die Chronistenpflicht, auch kleinere Meister aus

Nordschleswig einmal zu Wort kommen zu lassen, und das auch aus einem aktuellen Anlaß, nämlich der 75. Wiederkehr der Volksabstimmung im kommenden Jahr. Daß die Ausstellung hier in der Landeshalle eröffnet und gezeigt wird, gehört gewissermaßen zum Konzept; denn der Verein Historische Landeshalle für Schleswig-Holstein wurde 1896 nicht zuletzt aufgrund der damaligen politischen Konfrontationen im Norden Schlesiens gegründet, und ihr Gründer war der linksliberale Kieler Politiker, Publizist und Bankkaufmann Wilhelm, Ahlmann, der in Nordschleswig geboren worden war. Eine ganze Reihe der ausgestellten Werke stammen aus den Sammlungen dieses Vereins, die der Landesbibliothek ungegliedert sind, voran Werke von Eckersberg und Nolde.

# Friedenserziehung mit den Methoden und Inhalten der Erlebnispädagogik

Der Verein „Werkstatt Europa“ in Husum

von HANS-JOACHIM SCHLEHUFER

## Geschichte

Etwa 40 Jahre, nachdem auf der Hallig Süderoog im nordfriesischen Wattenmeer die bis heute einmalige Nutzung als erlebnisreiche und ein Leben lang wirksame Ferienheimat für europäische Jugendliche beendet werden mußte, begründete sich im Mai 1993 in Husum der Verein „Werkstatt Europa“ mit dem Ziel, die europäischen Einigungs- und Friedensbemühungen mit Hilfe der Erlebnispädagogik im Küstenbereich Nordfrieslands zu unterstützen. Der beängstigend zunehmenden Sinnentleerung und Gewalt, die nun schon im Kindesalltag als normal angesehen werden muß, sollte ein bewährtes Konzept, modifiziert durch die Berücksichtigung zeitgemäßer Aspekte, entgegengestellt werden.

Die Geschichte der „Hallig der Jungs“ des damaligen Halligbesitzers Hermann Neuton Paulsen ist in der Reihe „Nordfriesische Lebensläufe“ des Nordfriesischen Instituts unter dem Titel „Mit Herz und frischer Brise“ vorzüglich aufgearbeitet worden. Der Autor, Brar Volkert Riewerts, als Student in den dreißiger Jahren selbst auf Süderoog neben Paulsen tätig, wurde schnell Mittelpunkt einer Gruppe von Interessierten und Zeitzeugen, die ihre mündlichen Überlieferungen in zahlreiche Gespräche einfließen ließen.

Die Diskussion verschiedener Modelle bezüglich einer Wiederbelebung hatte natürlich recht lange die Hallig Süderoog zum Ziel, welche seit 1985 durch das „Gesetz zum Schutze des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres“ einem extrem verstandenen, den Menschen in der Tendenz tatsächlich ausklammernden Naturschutzgedanken ausgeliefert ist. Durch ihre Lage in der Schutzzone 1 (Höchster Schutzstatus) scheidet bis auf weiteres eine - auch eingeschränkte und angemessene - Nutzung für die Jugend aus!

Allerdings führten auch pädagogische Einsichten und der Umstand, daß ein wesentlicher Aspekt der Arbeit Paulsens (Mitarbeit der Jugendlichen in der Landwirtschaft) heute dort nicht mehr realisierbar wäre, dazu, Über weitere Möglichkeiten nachzudenken.

Die in ihrer Zweckbestimmung umfangreiche Satzung des Vereins fordert u.a. die Durchführung erlebnispädagogisch begründeter Ferien im ganzen Küstenbereich Nordfrieslands. Auch diese räumliche Erweiterung führte dazu, daß sowohl 2\*W die Inselgemeinde Pellworm Mitglied wurde als auch Persönlichkeiten aus

Halligstiftung und Nordfriesischem Institut. Es begann die Suche nach einem schon für Sommer 1994 verfügbaren Haus, in dem erste europäisch ausgerichtete Ferien durchgeführt werden könnten - für die es sowohl mit diesem ideellen und traditionellen Hintergrund als auch mit dieser Altersgruppe m. W. kein Beispiel gibt! Bei der Auswahl legte man eine Reihe von Kriterien zugrunde, die die pädagogischen Intentionen des Vereins realisierbar machen sollten. Zu ihnen gehört u.a. die räumliche Überschaubarkeit des Hauses, familiäre Atmosphäre, Küstennahe und möglichst ursprüngliche Umgebung.

### Realisierung

Erfreulich schnell wurde im Schullandheim Westerhever/Halbinsel Eiderstedt ein Ort gefunden, der in hohem Maße diese Forderungen erfüllt. Zudem zeichnet sich Westerhever durch seine exponierte Lage, alte Halliggeschichte und die Sichtbeziehung zu Süderoog aus. Die dort sehr vielgestaltige Umgebung im Waltenbereich ist ein weiterer Vorzug. Die Verpflegung des - privat geführten I Hauses richtet sich nach den Grundsätzen der vollwertigen Ernährung. So konnten 30 Plätze für die Zeit 9.-23.7.94 belegt werden, für die nun über private Beziehungen europäische Jugendliche geworben werden sollten.

Im Auftrage des Vereins entwickelte der Verfasser dieses Artikels eine Konzeption, die einerseits die pädagogische Begründung und umfangreiche Themensammlung darstellt, andererseits aber auch die notwendigen Durchführungsvoraussetzungen beschreibt sowie z. B. Versicherungsprobleme klärt.

So stand als letzte, heute besonders schwierige, Hürde das Problem der Finanzierung zur Lösung an. Es zeigte sich, daß der gewollte besondere Charakter der geplanten Jugendzusammenführung den Vorzug einer nennenswerten öffentlichen Förderung ausschloß. Die Förderrichtlinien auf verschiedenen Ebenen gehen von anderen Voraussetzungen aus oder stellen Forderungen, die in der Satzung des Vereins keinen Widerhall finden (sollen). So ist z. B. diese pädagogisch gesehen wichtigste Altersgruppe (10-15 Jahre), von der heute Mobilität über große Entfernungen erwartet werden kann, nicht bedacht. Auch sind z. B. direkter Austausch oder andere Spezialisierungen wie ausdrückliche Naturschutzarbeit gefordert.

Dieses für den mittlerweile als gemeinnützig anerkannten Verein sehr enttäuschende Ergebnis führte zur bitteren Erkenntnis, daß einerseits sowohl der Kreis Nordfriesland als auch das Land als heutiger Eigentümer der Hallig Süderoog ihrer Verpflichtung gegenüber der Jugend nicht nachkommen und andererseits nun der dornige Weg der privaten Finanzierung begangen werden mußte. Er führte überraschenderweise zur fast vollständigen Übernahme von Patenschaf-

ten über den festgesetzten Elternbeitrag von DM 300,- und auch Restabsicherung durch einen sehr wohlmeinenden Bürger Westerhevers.

Die Kostenplanungen zur Durchführung eines etwa 14-tägigen Sommerlagers gingen davon aus, mit möglichst geringen Finanzmitteln auszukommen und, ursächlich damit zusammenhängend, wegen der ideellen Grundlagen des Konzepts weitgehend auf typisch touristische Angebote zu verzichten. Es sollte außerdem erreicht werden, daß kein Kind aufgrund sozialer Stellung ausgeschlossen bleiben sollte. Insbesondere den Interessenten aus der Tschechischen Republik, Polen, dem Baltikum und Bosnien sollte über vollständigen Kostenerlaß die Teilnahme ermöglicht werden. Der Entwurf wies einen Rahmen von etwa DM 550,- einschl. voller Verpflegung, aber ohne Reisekosten, aus

Die z.T. weitreichenden Verbindungen der Vereinsmitglieder ermöglichten in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Teilnahme von ca. 25 Jugendlichen aus Belgien, Bosnien, Dänemark, der Tschechischen Republik, Dresden und Erfurt. Der Verein hatte sich schon frühzeitig zur besonderen Verantwortung gegenüber der Jugend der neuen deutschen Bundesländer bekannt, um den erschreckenden Integrationsproblemen in unserem eigenen Volk begegnen zu können.

In 2-5-köpfigen Gruppen reisten die Teilnehmer, jeweils mit erwachsenen Betreuern, per Bahn, Bus und PKW an, wobei z. B. die tschechischen Jugendlichen 23 Stunden (!) unterwegs waren. Die ostdeutsche Gruppe machte genau die Hälfte der Teilnehmer aus, 2/3 aller Teilnehmer waren weiblich. Damit war eine wesentlich andere Voraussetzung gegeben als auf der „Hallig der Jungs“ H. N. Paulsens. Sie erwies sich für den Ablauf jedoch als genauso wenig bedeutsam wie auch die oft angesprochene Sprachproblematik. In Deutsch, Englisch und mit anderen Äußerungsmitteln war umfassende Verständigung unter diesen optimalen Bedingungen kein Problem.

Eine ebenfalls unerwartete Veränderung der gedachten Voraussetzungen zeigte sich auf der so wichtigen Ebene der pädagogischen Betreuung. Die Konzeption dieser Veranstaltung wollte hier die örtliche Landjugend einbeziehen, um einerseits eine starke Einbindung in regionale Beziehungen zu erreichen, andererseits aber der Landjugend ein interessantes und weiterführendes Betätigungsfeld anzubieten. Interne Probleme dieser Jugendorganisation führten jedoch zu einem totalen Ausfall der erwarteten Hilfe. Die Not der Situation zeigte aber dann, eher zufällig, einen sehr interessanten Weg auf, die Wirkung der Veranstaltung in die jeweiligen Heimatländer zu verstärken - durch möglichst weitgehende Einbeziehung der Gastbetreuer in pädagogisch verantwortliches und reflektiertes Handeln.

Dieses Mitarbeitermodell setzt allerdings voraus, daß die Projektleitung, formell

vom Verein als Erfüllungsgehilfin beauftragt, die zusätzlichen, auch juristisch bedeutsamen Aufgaben aus dieser Situation übernimmt, in Westerhever waren zeitweilig auch engagierte Vereinsmitglieder tätig, die ggf. bestimmte Schwerpunkte besonders betreuen konnten.

Die vom Verfasser als sehr hoch eingeschätzte Bedeutung der Möglichkeiten einer durchdachten und „alternativen Ferienpädagogik“ läßt im obigen Zusammenhang die Frage aufkommen, inwieweit in den Heimatländern unserer Gäste Strukturen einer solchen Jugendarbeit vorhanden sind, und welchen Zielen sie verpflichtet ist. Im Falle der Länder des ehemaligen Ostblocks muß man wohl von Defiziten in diesem Bereich ausgehen. So erwies sich für den Projektleiter die „Pflege“ dieser Primärgruppe im Hinblick auf ihre mögliche multiplikatorische Wirkung als besonders empfindliches Betätigungsfeld.

In diesem Zusammenhang wurde auch den Eltern im anlaufenden Schriftverkehr eine besondere Verantwortung zugewiesen. Sie wurden *expressis verbis* aufgefordert, sich angesichts der Erlebnisse ihrer Kinder für die Schaffung, Initiierung oder Stärkung von Strukturen für die freie Jugendhilfe an ihrem Heimatort einzusetzen bzw. die Zusammenarbeit mit entsprechenden Behörden zu aktivieren. Gewünscht wird über die Kontakte zu den Eltern auch die Verbindung zu Institutionen, die sich die Gedanken des Vereins zu eigen machen und künftig diese Veranstaltung durch Organisationshilfe unterstützen könnten.

In einem weiteren Bereich einer solchen Unternehmung, dem juristisch relevanten, galt es ebenfalls, mit Sorgfalt aufzutreten. So ist erfahrungsgemäß davon auszugehen, daß die Probleme der Pflicht zur Fürsorge und Beaufsichtigung durch Betreuer im allgemeinen nur zufällig beachtet werden. Gerade bei einem erlebnispädagogischen Ansatz besteht jedoch die große Gefahr, wegen des gewollten „Abenteuer“ Charakters den Bereich der „normalen“ Fahrlässigkeit zu verlassen man will ja etwas Besonderes. Wegen der - unterstellten - unterschiedlichen Rechtslage in den Heimatländern einiger ausländischer Teilnehmer und Betreuer, möglichen sprachlichen Mißverständnissen sowie Unkundigkeit in den topografischen Verhältnissen war der Umgang im Team also auch hier von besonderem Charakter.

Als Folge der obigen Betrachtungen wurde klar, daß ein umfassender Versicherungsschutz gegen Haftpflicht, Unfall und Krankheit für alle Beteiligten zu errichten sei - ab deutscher Grenze wirksam. Die Erfahrungen des Vereins „Jordsand“ waren hier eine große Hilfe, der schon seit Jahrzehnten Jugendliche aus europäischen Ländern (allerdings erst ab 16 Jahren) in Natur- und Küstenschutzbelangen, auch in Nordfriesland, einsetzt.

## Pädagogische Grundlagen, inhaltliche Bestimmung und Verlauf

Gemäß dem erwähnten Konzept wurde versucht, der besonderen Erlebnis- und Erfahrungswelt der 10-15-Jährigen Rechnung zu tragen und ihnen ein ausgewogenes Angebot bereitzustellen, das möglichst viele Ebenen ihrer Möglichkeiten erfassen sollte. Die besonders günstigen und umfassenden Voraussetzungen, welche diese Altersgruppe vor den großen Pubertätswirren mitbringt, ermöglichen einerseits eine ganzheitliche Ansprache, andererseits auch die weitgehende Einbeziehung der gewachsenen (nicht konstruierten) Umwelt. Die Akzeptanz dieses methodischen Vorgehens ist leichter zu erreichen als bei einer späteren Entwicklungsstufe.

Ein Angebot, das über gemeinsame Erlebnisse dem Jugendlichen sich selbst und den Nachbarn als Basis aller Umwelt begreifbar macht, schafft m.E. - vor dem Wissen - erst die verlässliche Voraussetzung, Umwelt umfassend zu akzeptieren, ihr in Frieden zu dienen und vielleicht - dann mit Hilfe von Wissen - aktiv zu ihrem Schutz beitragen zu wollen. Das ist die Orientierung, die der Verein „Werkstatt Europa“ ermöglichen will! Aus diesem Grund wurde bewußt auch auf einen nennenswerten kognitiven Anteil im Angebot verzichtet.

Neben einer Fülle „frei“ durchgeführter Aktivitäten sollten Unternehmungen eingefügt sein, die in Zusammenarbeit mit Behörden zu leisten waren bzw. in der regionalen Erwerbs Struktur angesiedelt sind. So wurde z. B. intensiv beim Lahnungsbau vor Westerhever geholfen und benachbarten Landwirten zur Hand gegangen. Dieser Sektor des Angebots ist angesichts der Begeisterung der Jugendlichen nach meiner Einschätzung noch deutlich auszuweiten.

Soweit irgend möglich, sollten Begegnungen im Freien, besonders im Watt, stattfinden. Unerwarteterweise setzte jedoch die Hitze des Sommers die Schwerpunkte, so daß das freie Baden in der Nordsee zur Standardbetätigung wurde. Dadurch gerieten handwerkliche Tätigkeiten wie Tier- und Stallpflege, Verarbeiten von Ton aus dem Untergrund Westerhevers oder Bergung, Dokumentation, Nutzung und Entsorgung von Strandgut in den Hintergrund.

Zu den oft beschworenen „Höhepunkten“ wurden die Wanderung durchs Watt zur „ideellen“ Heimat Süderoog mit freiem Zeltlager auf der Insel Pellworm, Seetierfang, die Mitgestaltung des (internationalen) Speiseplans und seine Realisierung oder die Übernachtung unter freiem Himmel auf der Sandbank vor Westerhever.

Die Fülle der wirklichen Höhepunkte zeigte sich jedoch in vielen unspektakulären Ereignissen! Sie ermöglichten in kurzer Zeit das Aufkommen einer fröhlichen und aufeinander angelegten Atmosphäre! Die nennenswerten Unterschiede im Auftreten der Jugendlichen aufgrund der verschiedenen regionalen und sozi-

alen Herkunft verwischten sich sehr schnell, das offensichtliche Leiden der bosnischen Teilnehmerinnen fand seine Relativierung.

### Perspektive

Beobachtung und Verarbeitung aller beschriebenen Erscheinungen wird eine sehr wichtige Aufgabe für die pädagogisch Verantwortlichen des Vereins sein, denn nach dem Erfolg dieses ersten Ferienlagers wird die sich andeutende zunehmende Nachfrage möglicherweise eine Auswahl notwendig machen. Die im vorigen geschilderten Gesichtspunkte, manchmal Ergebnisse einer zufälligen Konstellation, müssen dann bei der Berücksichtigung von Anfragen nach Ferienplätzen einfließen. Auch muß, insbesondere bei einer größeren Zahl von weiblichen Teilnehmern, dem heute früher einsetzenden Reifeprozess durch Herabsetzen der oberen Altersgrenze auf 14 Jahre Rechnung getragen werden. Eine Erweiterung der Möglichkeiten für die Betreuergruppe sollte auch die Zusammenarbeit mit der akademischen „Jugend“ an den bildungswissenschaftlichen Hochschulen bringen, hier diesen großartigen Ort zum Erwerb praktischer Erfahrungen zu nutzen. Auch Paulsen auf Süderoog stützte sich auf Lehramtsstudenten.

Neben der schon vorgesehenen Weiterführung und Wiederholung könnten schließlich inhaltlich die sehr positiven Ergebnisse auf Pellworm zur Durchführung eines Zeltlagers mit Selbstversorgung führen. Es böte eine wesentliche thematische Erweiterung, hin zu einem weiter reduzierten Komfortniveau gemäß der Devise „Mit Herz und frischer Brise“!

### Nach vorn blicken

dm. In Kiel fand gestern vormittag unter Vorsitz von Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave die 35. Sitzung im Kieler Kontaktgremium für Fragen der deutschen Minderheit statt; am Nachmittag eröffnete die schleswig-holsteinische Kulturministerin Marianne Tidick im Flensburger Rathaus gemeinsam mit Amtsbürgermeister Kresten Philipsen die 8. Schleswig-Holsteinischen Kulturtage mit dem diesjährigen Schwerpunkt Grenzland. Ein gutes Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Mehr- und Minderheiten.

Im nächsten Jahr werden nicht nur die Minderheiten, sondern 1995 wird das gesamte deutsch-dänische Grenzland im Blickpunkt des Interesses stehen – in erster Linie, weil es auf beiden Seiten des 75. Jahrestages der Grenzziehung durch Volksabstimmungen zu gedenken gilt; also auch der Geburtsstunde der deutschen Volksgruppe am 10. Februar. Die große dänische Feier findet erst im Juli in Anwesenheit der Königin auf Düppel statt. Die deutsche Volksgruppe hat bereits ihre Teilnahme (mit Rederecht) zugesagt.

Weitere Jubiläen 1995: 50 Jahre Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger, 40 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen, 30 Jahre Kopenhagener Kontaktausschuß sowie 20 Jahre Kieler Kontaktgremium. Und 1995 jährt sich zum 50. Male das Ende des 2. Weltkrieges mit der Befreiung vom Nationalsozialismus. Es wird also hier wie dort zahlreiche Veranstaltungen anlässlich der verschiedenen Gedenktage geben. Auch wenn jeder für sich seine nationalen Gedenktage feiert, wogegen ja nichts einzuwenden ist, scheint es uns wichtig, daß 1995 nicht nur nach hinten geschaut wird.

Gewiß, der historische Rückblick ist allemal notwendig, um die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte bis heute richtig einordnen zu können, aber es sollte 1995 nicht das Trennende von einst im Vordergrund stehen, sondern bei Respektierung der kulturellen Vielfalt Süd- und Nordschleswigs durch die Minderheiten vor allem die Gemeinsamkeit, es nur in Zusammenarbeit zu schaffen, diese Region in eine sichere Zukunft zu führen.

Daß die Landtagspräsidentin und auch Nordschleswigs Amtsbürgermeister sich dafür einsetzen wollen, eine solche gemeinsame Veranstaltung durchzuführen mit Vertretern von Mehrheiten und Minderheiten beider Seiten, um die Perspektiven des Gemeinsamen über 1995 hinaus herauszustreichen, findet deshalb unsere volle Unterstützung.

*Nordschleswiger, 1.10.94*

„Wir wollen besonders jungen Leuten dieses Stück Mini-Europa zeigen“

*Neuer „Grænseforeningen“-Vorsitzender Bent A. Koch will das deutsch-dänische Grenzland in internationalem Zusammenhang darstellen. „Wir wollen die Hand über den Zaun reichen“*

-uk- ODENSE. „Wir wollen das deutsch-dänische Grenzland in internationalem Zusammenhang darstellen, seine europäischen Strömungen sichtbar machen und dabei beide Minderheiten einbeziehen. Wir wollen besonders jungen Leuten dieses Stück Mini-Europa zeigen. Denn um ein Stück Europa im kleinen handelt es sich,“ hat sich der neue Vorsitzende des „Grænseforeningen“, Chefredakteur Bent A. Koch, „Fyens Stiftstidende“, Odense, vorgenommen.

Der dänische Grenzverein habe traditionell zwei Aufgaben, erklärte Koch gestern dem Nordschleswiger: erstens das Dänentum im Grenzland – insbesondere die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig – zu unterstützen und zweitens Aufklärungs- und Informationsarbeit über das Grenzland zu betreiben. Hinzu kommt als wesentliche Aufgabe des „Grænseforeningen“ die Kanalisierung von Millionenbeträgen – derzeit 77 Millionen Kronen jährlich, davon wiederum 64 Millionen Kronen dänische Staatsmittel – überwiegend zur dänischen Minderheit. In seine Arbeit müsse der „Grænseforeningen“ – im Gegensatz zum namensähnlichen Deutschen Grenzverein e. V. ist er eine mit rund 42.000 Mitgliedern in 161 Ortsvereinen landesweit tätige und in weiten Teilen trotz seines bislang nicht gestoppten Mitgliederschwunds in der Bevölkerung verankerte Organisation - beide Minderheiten einbeziehen, unterstrich Koch. „Wir wollen die Hand über den Zaun reichen.“ Er selbst, erinnerte sich Koch, habe dies bereits Anfang der 50er Jahre getan. Zu einem Grenzlandseminar in Kollund habe er den damaligen Chefredakteur (1946-1953) des Nordschleswigers, Ernst Siegfried Hansen, eingeladen. „Und ich war der erste dänische Redner überhaupt, der in der damaligen Grenzakademie Sankelmark“ – seit 1975 Akademie Sankelmark im Deutschen Grenzverein – „gesprochen hat“, wußte Koch. Und schon vor mehr als 30 Jahren habe er Kontakte zu den damaligen Vorsitzenden des sozialdemokratisch orientierten Grenzfriedensbundes gepflegt.

Bei allem Umgang mit dem deutschen Nachbarn, sei es Mehr- oder Minderheit, komme es darauf an, das Dänische zu wahren. „Man muß sich selbst treu sein, um etwas für andere sein zu können. Die Aufgabe in sich selbst ist nicht genug. Das will ich ausdrücklich unterstreichen.“

Sei dies nicht gegeben, „dann kommt es zu einer Begriffsverwirrung“, meinte Koch zum Wirbel vor der Wahl des neuen Vorsitzenden während der Vertreterversammlung des dänischen Grenzvereins am vergangenen Wochenende. Koch begrüßte zugleich Äußerungen aus deutscher Volksgruppe

und dänischer Minderheit zu Jahresbeginn, die sich mit dem damaligen „Grænseforeningen“-Vorsitzenden Jørn Buch, Hadersleben, und seiner Stimme für die Schleswigsche Partei (SP) zur Amtratswahl im November 1993 nicht einverstanden gezeigt hatten.

Um dem Mitgliederschwind durch den Beitritt besonders jüngerer Leute zu begegnen, seien Vertreter des Grenzvereins gern bereit, auch in den Schulen Vorträge zu halten und Informationen zu geben, sagte der 65jährige Vorsitzende. Eine Zusammenarbeit zwischen Schulen und „Grænseforening“ gebe es ohnehin bereits durch den Verkauf von Losen zur Grenzland-Lotterie und von Düppel-Marken auch durch Schüler.

Das Problem der Überalterung der Mitgliedschaft rühre aus der zweiten Phase der dänischen Grenzoﬀensive seit 1948, erläuterte Koch abschließend. „Damals seien Tausende von Dänen Mitglied geworden“, um grenzrevisionistischen Forderungen gegenüber dem Folketing gehörigen Nachdruck zu verleihen. Bei der heutigen Einigkeit der dänischen Parteien in Sachen Grenzlandarbeit sei dies jetzt kein Thema mehr.

*Nordschleswiger, 1.11.94*

## Die Gedanken sind frei

dm. Eine öffentliche Diskussion über eine offizielle Einladung an die deutsche Minderheit, mit Ihrer Majestät der Königin an einer dänischen Gedenkfeier am 11. Juli auf dem historischen Gelände von Düppel teilzunehmen, hat für Aufsehen über Nordschleswig hinaus gesorgt. Zunächst zur Klärung, zur Prozedur die Vorgeschichte: Das Amt Nordschleswig sowie dänischnationale Organisationen wie „Sprogforeningen“, „Skoleforeningen“ und „Historisk Samfund for Sønderjylland“ haben als Veranstalter der Gedenkfeier auf Düppel auch die deutsche Minderheit eingeladen, seit der Volksabstimmung 1920, damals wider Willen, dänische Staatsbürger. Kein Zweifel: Die Einladung ist ein Schritt nach vorn, ein Zeichen an die dänische/deutsche Umwelt, daß sich deutsche und dänische Nordschleswiger heute auch über die Gräben von einst hinwegsetzen können – trotz aller kulturellen Unterschiede, die ja gerade den Reichtum unserer gemeinsamen Heimat ausmachen. Die zuständigen Gremien des Bundes deutscher Nordschleswiger haben die Einladung diskutiert und entschieden, sich dafür mit einem Ja zu bedanken. Das bisher vorliegende Programm, das kürzlich veröffentlicht wurde, macht deutlich, daß nach der Königin und dem Amtsbürgermeister der Vertreter der deutschen Minderheit rund fünf Minuten sprechen wird, logisch und konsequent vor dem staatsrechtlichen Hintergrund von

1920. Auf der Veranstaltung werden auch Vertreter der Regierung, des Folketings und der dänischen Minderheit zu Wort kommen.

Nun gibt es also Bedenken auf dänischer Seite, die wir zur Kenntnis nehmen. Sie sind auch gar nicht verwunderlich, denn sicherlich wird es auch deutsche Nordschleswiger geben, die sich eine Teilnahme der deutschen Minderheit an einem rauschenden Dannebrog-Fest nicht so recht vorstellen können. Daß aber ausgerechnet der SSW-Vorsitzende Wilhelm Klüver der deutschen Minderheit öffentlich empfohlen hat, sich nicht zu beteiligen, mit anderen Worten also der Veranstaltung (gefälligst) fernzubleiben, ist hingegen ein starkes Stück. Mag sein, daß Klüver die Zusammenhänge nicht gekannt hat, aber verstehen kann man seine Haltung dennoch nicht; denn nur wenige Tage zuvor brachte der Vorsitzende des kulturellen Vereins der dänischen Minderheit, Heinrich Schultz, auf Christiansborg dem Präsidium des Folketings gegenüber seine Freude/Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß auch die deutsche Minderheit an den gemeinsamen 75-Jahr-Feiern teilnehmen werden. Also sieht es zunächst einmal so aus, daß sich SSW und SSV über die Teilnahme der deutschen Minderheit nicht einig sind; und dabei mag vielleicht als Hintergrund-Information von Nutzen sein, daß es ja auch einen erbitterten Streit zwischen den beiden Hauptorganisationen SSW und SSV z. B. um die Teilnahme der dänischen Minderheit am Schleswig-Holstein-Tag gibt. Im Gegensatz zu Klüver haben wir übrigens in diesem Zusammenhang darauf verzichtet, der dänischen Minderheit in dieser Frage öffentliche Ratschläge zu erteilen. Umgekehrt erwarten wir deshalb von Klüver kein wilhelminisches Verhalten. Wenn er schon auf dem Marktplatz „Avis“ seine Besorgnisse äußert, dann sollte er nicht die deutsche Minderheit ins Visier nehmen, sondern sich an jene wenden, die sich schließlich an uns gewandt haben. Eine gute dänische Adresse wäre z.B. Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, der mit der Einladung an die deutsche Minderheit eben den Konfrontationsgedanken von einst überwinden und die Kooperation in den Vordergrund stellen will. Von Gespenstern, die aus dem Schrank im Grenzland herausrasseln, ist bei Philipsen in einer ersten verärgerten Stellungnahme die Rede. Der Amtsbürgermeister hat inzwischen sogar durchsickern lassen, er hätte sich eigentlich eine andere gemeinsame Gedenkveranstaltung gewünscht – und zwar auch mit der Teilnahme offizieller deutscher Gäste von südlich der Grenze. So als hätte er es geahnt, klingen heute die Worte, die Philipsen kürzlich auf dem Deutschen Tag sprach, als er in seinem offiziellen Grußwort darauf verwies, daß er zwar Widerstand gegen die deutsch-dänische Zusammenarbeit kenne, jedoch nicht willens sei, sich von jenen, die über gestrige Haltungen nicht hinweggekommen sind, auch künftig die Tagesordnung im Grenzland diktieren zu lassen. Man darf gespannt sein, wie gewisse nationale Kreise auf diese Äußerungen des dänischen Landeshauptmanns antworten werden.

Die deutsche Minderheit hat zunächst gelassen reagiert. BdN-Vorsitzender Hans Heinrich Hansen hat in zahlreichen Medien erklärt, die deutsche Minderheit denke gar nicht daran, einer von offizieller dänischer Seite höflich ausgesprochenen Einladung nicht Folge zu leisten. Unhöflich sind wir nun mal nicht!

*Nordschleswiger, 17.11.94*

## Norweger sagen Nein zur EU

OSLO (rtr). Die Norweger haben sich bei der Volksabstimmung über den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union (EU) gegen die EU-Mitgliedschaft ausgesprochen. Nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen kamen die EU-Gegner in der Nacht zu gestern auf einen Anteil von 52,5 Prozent. Die EU-Befürworter erzielten 47,5 Prozent. Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die sich für die EU-Mitgliedschaft eingesetzt hatte, räumte die Niederlage der Beitrittsbefürworter ein. Die Norweger hatten bereits 1972 gegen den Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) gestimmt. Das letzte Wort über den Beitritt hat das norwegische Parlament.

*Flensburger Tageblatt, 30.11.1994*

## Keine Panik zwischen den Fjorden

*Nach Norwegens Nein zur EU: Die Zukunft bleibt rosig*

OSLO. Lange Gesichter, aber beileibe keine Grabesmienen waren gestern in Osloer Wirtschaftskreisen zu sehen, nachdem das Nein der Bevölkerung zum EU-Beitritt feststand. Dietrich Schnitler, frisch gewählter Präsident des Industrieverbandes, verlangte zwar Sofortmaßnahmen in Form von Steuersenkungen von Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, um die „schwierige Lage für Norwegens Unternehmen“ meistern zu können. Aber Schnitler, dessen Organisation NHO Hauptfinanzier der nun doch erfolglosen Ja-Kampagne war, gab auch zu, daß zu Panikmache kein Anlaß sei.

Zu massiv wurde Norwegens Öffentlichkeit gerade in den Wochen vor dem Referendum mit positiven Wirtschaftsnachrichten bombardiert, als daß jemand allzu düstere Prophezeiungen nach dem Nein ernstnehmen würde. Der anhaltende Reichtum an Öl und Gas aus der Nordsee garantiert den Norwegern vorerst wirtschaftliche Sicherheit auch ohne Brüssel.

Erst vergangene Woche meldete das Statistische Zentralamt, daß das Land dank

dieser Einnahmen nun zum erstenmal seit 50 Jahren im Ausland höhere Guthaben als Schulden hat. Und Energieminister Jens Stoltenberg konnte sich nach den jüngsten Beschlüssen der Organisation erdölexportierender Länder OPEC über ein Einfrieren der Ölproduktion zum gleichen Zeitpunkt auf zusätzliche Milliarden in der Staatskasse freuen. „Dafür können wir neue Kindergärten bauen und die Krankenhäuser verbessern“, versprach der Sozialdemokrat.

Die Warnungen von Regierungschefin Brundtland, man müsse sich gegen das bevorstehende Ende des Energiereichtums per EU-Beitritt wappnen, konnten da nicht besonders überzeugend wirken. Jedes Kind in Norwegen weiß, daß es mit dem Öl in etwa zwanzig Jahren zuendegeht, die Gasreserven unter dem Nordseegrund aber noch mindestens ein Jahrhundert für volle Kassen sorgen werden.

Und auch konjunkturell gibt es in Oslo derzeit vor allem Grund zu Optimismus. Finanzminister Sigbjørn Johnsen steigerte die Wachstumsprognose für 1995 im gerade vorgelegten Haushaltsentwurf von 2,5 auf 3,25 Prozent. Die im internationalen Maßstab vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von knapp über sechs Prozent zeigt deutlich sinkende Tendenz. Auch eingefleischte EU-Anhänger unter den Wirtschaftswissenschaftlern erklärten vor der Volksabstimmung, die ökonomische Entwicklung zeige einen „kerngesunden Trend“.

Dennoch gibt es exportabhängige Branchen wie die Holz- und Papierindustrie, in denen man sich nach dem Nein Sorgen um den Marktzugang in Europa macht. Mehr als die Hälfte aller Ausfuhren gehen in die EU-Länder, bei denen man nun Startvorteile vor allem für die Konkurrenz aus den Nachbarländern Schweden und Finnland befürchtet, die zum Jahreswechsel der EU beitreten.

*Thomas Borchert, in: Flensburger Tageblatt, 30.11.1994*